

Zeitschrift: Das Konzept : die Monatszeitung
Herausgeber: Verband der Schweizerischen Studentenschaften VSS
Band: 6 (1977)
Heft: 6

Heft

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 14.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Das Konzept

Erscheint monatlich an allen Hochschulen, Techniken, Seminarien und andern höheren Schulen der Deutschschweiz: Auflage 32 000

Redaktion: Ruedi Küng, B. D. Niebühr, Rolf Nef, Beat Schweingruber
Inserate: Mosse-Annoncen AG, Limmatquai 94, 8023 Zürich, Tel. (0)1 47 34 00
Adresse: Rämistrasse 66, CH-8001 Zürich, Abonnement: pro Jahr Fr. 16.- (Ausl. 20.-)
Tel. (0)1 47 75 30 Schüler und Lehrlinge Ermässigung

Ernst-S.-Film in der TV: Ein Skandal und eine Lackmusprobe auf Demokratieverständnis

Und die Demokratievertäter?

Besonders senkrecht geeichte Eidgenossen werden nicht müde, das Sätzlein vor sich hin zu beten: Die Schweiz hat keine unbewältigte Vergangenheit, die Schweiz hat k. u. v., die Schweiz... Da ich die Vergangenheit, um die es hier geht (nämlich die Jahre 1933 bis 1945), nicht miterlebt habe, kann ich die «K. u. v.»-These nur indirekt überprüfen. Nun, die «K. u. v.»-Vorbeter widerlegen ihre These gleich

selbst. Wann immer ein Vertreter der jüngeren Generation ungeübt und unbekümmert um den Historiker-Knigge in dieser Vergangenheit stochert, so versetzt das diese Vorbeter in helle Aufregung. Wäre die Vergangenheit tatsächlich so bewältigt, so hätte der Film «Die Erschliessung des Landesverrätters Ernst S.» von Dindo/Meienberg nicht diesen Wirbel ausgelöst.

Jürg Frischknecht

In seiner Reportage über den erschienenen Landesverräter Ernst S. (die jetzt als Luchterhand-Taschenbuch zu haben ist) schreibt Meienberg: «Ernst S. (...) ist die Lackmusprobe; er zwingt die Gesellschaft, Farbe zu bekennen. Er macht Strukturen sichtbar.» Der Film über Ernst S. ist ebenfalls zur Lackmusprobe geworden; auch er hat Strukturen sichtbar gemacht, Strukturen der Schweiz dreissig Jahre nach dem Ende des Kriegs. (Über die Wirkungsgegend des Films bis Februar 1977 gibt Dindos Nachwort im erwähnten Buch ausführlich Auskunft.)



Die «K. u. v.»-Anhänger diskutieren nicht über ihre These, sie beschwören sie. Mit Meienbergern, die diese These in Frage stellen, debattieren sie nicht. Nein - sie diffamieren, unterstellen, verweigern die Diskussion, sanktionieren amtlich, drohen gerichtlich. Die Medienstationen des Landesverräterfilms geben Aufschluss genug. Der staatliche Kulturverwalter Hürliemann verweigert, auf den Spuren des «NZZ»-Filmkritikers wandelnd, eine Qualitätsprämie. Berner Professoren, die den Film gar nicht gesehen haben, rüffeln den Mannheimer Oberbürgermeister, weil der Film einen Preis erhalten hat, TV-Direktor Guido Frei verfügt Film-

schnitte. Und der St.-Galler Textilindustriele Arnold Mettler wollte die Fernsehstrahlung des ganzen Films gerichtlich verbieten lassen, denn «beim genannten Film handle es sich um eine Geschichtsfälschung unbester Art, indem die Autoren versuchten, (...) den Eindruck zu erwecken, der am 11. November 1942 hingerichtete Landesverräter Ernst S. sei ein Opfer der Klassenjustiz gewesen.»

Die Allergie dieser Kreise hat natürlich auch mit unbewältigter Gegenwart zu tun. «Der Film stellt einen typischen Fall von Klassenjustiz dar», meinte Max Frisch in einer Diskussion mit Dindo/Meienberg. «Damit ist er ein aktueller Fall - leider.» Deshalb hätten bestimmte Leute «eine irre Angst» vor dem Film. Besonders Bauchweh macht einigen dieser Verwalter der Volksmeinung die alte Weisheit, dass man die Kleinen hängt und die Grossen laufen lässt.

Diese Wahrheit wird im Film von keinem Geringeren als dem offiziellen Historiker Edgar Bonjour ausgesprochen. «Das ist eine willkürliche Konstruktion, die an primitivste Instinkte appelliert», sagte mir Arnold Mettler. Die Behauptung sei «staatspolitisch nicht zu verantworten». Mag sein. Nun ist Bonjour Wahrheit ja nicht einfach eine Frage von Anschauungen und Vorlieben. In allererster Linie hat es mit Interessen zu tun, wenn der Vorwurf der Klassenjustiz im Fall Ernst S. und überhaupt einigen Herren schlecht bekommt. Ihr lauthaler Protest war ein Farbe-Bekennen, ein Bekennen ihrer Interessenlage.

Auch die Allergie der «K. u. v.»-Priester hat mit Interessen zu tun. Bestimmte Gruppen und Herren, die auch heute in diesem Land mit den Ton angeben, haben alles Interesse daran, dass die 33-45-Jahre-Vergangenheit als bewältigt zu den Akten gelegt bleibt. Schliesslich hat man das Nötige seinerzeit in Ordnung gebracht. Während des Kriegs so: «Da die Wut des Volkes über die Nazisympathisanten gross war und da man eben nicht erschiessen konnte, ohne das System zu sprengen, musste man die Wut nach unten ableiten, musste gesellschaftlich ohnmächtige Individuen finden, die sich als Sündenböcke eigneten» (Meienberg). Und nach dem Krieg so: «Mit dem Prozess von 1947 (gegen Schweizer SS-Kämpfer, JF) wurde der Volkzorn auf die täglichen Objekte gelenkt... Wer den Zeitungen ein paar Sündenböcke zum Frass hinwarf, brauchte nicht mehr zu befürchten, dass der ganze Hintergrund von Anpassung und Kollaboration ausgeleuchtet würde» (Hans-Rudolf Lehmann in der Radioreihe über Schweizer in der Waffen-SS).

Indem man einige braune Beulen wegoperierte, erklärte man gleichzeitig den Rest des Volkskörpers für (wieder) gesund. Man machte einigen wenigen

Zweite Säule - das Geschäft mit den Rentnern Seite 2

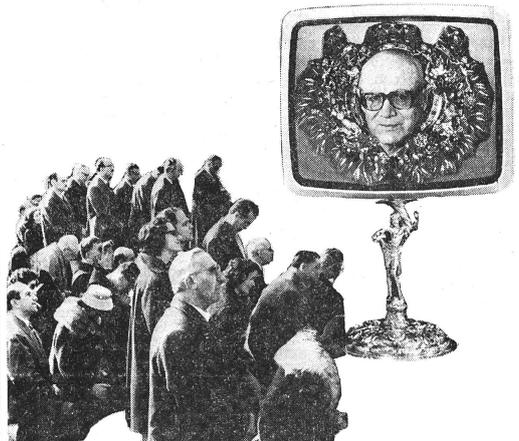
Interview mit Wolf Biermann Seite 3

Unsere Banken - ein nicht mehr tragbares Risiko Seite 4

Pfingstmarsch der A-Werk-Gegner Seite 7

Schweizer Geschichte im Heiligenschein

oder Wie ein rechtsgesinnter Professor das Schweizer Volk für dumm verkaufen will



Die Erscheinung des Sankt Peter Dürrenmatt

tiefenfeindliche Saat von damals auch heute noch späte Früchte tragen kann. Zu diesen Demokratiefreunden gehörten auch prominente Herren des Redressement National (siehe «focus», Juni 1977) oder der Mittelpresse, die den Lesern der Schweizer Landpresse heute unter dem Namen Schweizerische Politische Korrespondenz (spk) geläufig ist. Zu diesen Antidemokraten ist auch ein Peter Dürrenmatt zu zählen. Was über die Vergangenheit dieses Politikers, zu sagen ist, kann im offenen Brief des Demokratischen Manifests an TV-Direktor Guido Frei nachgelesen werden (vgl. unten).

Diese Demokratievertäter, welche - im Gegensatz zu den Landesverrättern - einer «gut schweizerischen», faschismusähnlichen Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung anhängen, sind von der Geschichtsschreibung bisher weitgehend gespart worden. Für mich äussert sich in der Allergie gegen den Landesverräterfilm auch die Angst, das Interesse der heutigen Generation könnte sich gelegentlich nicht nur den Landes-, sondern auch den Demokratievertätern zuwenden. Die geistigen Wurzeln des Verhalten jener Kräfte, die auch heute noch das Sagen haben, interessieren mich mehr als jene Verirrte, die seit 1945 keine politische Chancen mehr haben. (Dass die Grenzen zwischen Landes- und Demokratievertäter oft fließend waren, braucht hier nicht weiter ausgedehnt zu werden.)

Verraten wurden in den 30er Jahren auch die bürgerlichen Ideale der Französischen und der 48er-Revolution. Der freiheitlich-demokratischen Schweizer Republik wäre es ja wohl angedungen, den braunen Versuchen mit den Waffen dieser Ideale entgegenzutreten. Weit davon entfernt! Dem deutschen Blut- und Boden-Kult wurde allzuoft mit einem helvetischen Blübe-Abklatsch begegnet. Diese Schweizertümelei könnte an verschiedenen Erscheinungen gefasst werden: Landi-Mentalität, gewisse religiöse Bräuche, ideologiefreudige Schullehrer usw. Diese Schweizertümelei war im weitesten Sinn der Mist, auf dem die Demokratievertäter gedeihen konnten (und den sie selbst kräftig mütigen).

Die Versuchung zum Landesverrat sei durch alle Volksschichten hindurchgegangen, betonten an der TV-Diskussion zum Landesverräterfilm der Schulhistoriker Kreis und Nationalrat Altköwer. Das ist ja das Probate am Landesverrat: Weil er gegen «die» Schweiz ging, ist auch die Frage der innenpolitischen Interessenlagen aus dem Spiel.



Bei den Demokratievertätern werden die Fronten und Interessenlagen um einiges deutlicher. Und genau das passt den Bürgerlichen nicht. Sie möchten gerne wegdiskutieren, dass es damals nicht alle Volksschichten, sondern ganz bestimmte politische Kräfte waren, die den faschistischen Gesellschaftsvorstellungen viel Verständnis entgegenbrachten. Die Linke war da wenig anfällig. Sie hatte miterlebt, wie die Arbeiterbewegung in Hitler-Deutschland zer schlagen wurde. Und gerade das hatte umgekehrt bei manchem Schweizer Bürger faschistische Gelüste geweckt. Jürg Frischknecht

Kleine und sicher noch nicht abgeschlossene Chronik

Nach langen und sorgfältigen Recherchen veröffentlicht N. Meienberg die Geschichte des Landesverrätters Ernst S. 1973 im Zürcher «Tages-Anzeiger» 1975 in den «Reportagen aus der Schweiz» (Verlag Luchterhand, Vorabdruck in «konzept» Nr. 5/75). Rechte und rechtsbürgerliche Kreise reagieren scharf in der Presse. Von verschiedenen Angeboten, aus dem Stoff einen Spielfilm zu machen, wählt Meienberg schliesslich den Weg eines Dokumentarfilms (mit R. Dindo). An den Solothurner Filmtagen im Frühjahr 1976 wurde der Film erstmals gezeigt und lief darauf für kürzere Zeit in verschiedenen Schweizer Kinos. (Diskussion mit den Autoren in «konzept» 2/76). Furor machten weiter jene Berner Professoren, welche den Film verurteilten, ohne ihn gesehen zu haben. Nächster Schritt: Bundesrat Hürliemann wirft dem Film «Ausgewogenheit» vor und lehnt eine Qualitätsprämie gegen die Meinung von 13 Experten (von 14 ab «konzept» Nr. 3/77). Der Film erhält untermessen in der BRD (Mannheim) ein Auszeichnung als bester Dokumentarfilm. Das Fernsehen interessiert sich für den Film. Bei Ankündigung der Aufnahme des Films in das Programm drohen die Familien Wille und Mettler mit gerichtlichen Schritten. Darauf müssen von den Autoren des Films Zensuren hingenommen werden. Der Film wird schliesslich im Fernsehen gezeigt, davor aber spricht Peter Dürrenmatt (ein ehemaliger Frontier-Kandidat) einen zwanzigminütigen Verriß. In der Sendung «Tatsachen und Meinungen» werden einerseits Tatsachen verschwiegen als auch Meinungen; Dindo und Meienberg sind nicht geladen...

Offener Brief an Fernsehdirektor Dr. Guido Frei

Sehr geehrter Herr Dr. Frei!

Gegen die Manipulation, mit der Sie versucht haben, den Film «Die Erschliessung des Landesverrätters Ernst S.» von Dindo/Meienberg nicht ins rechte, sondern ins rechte Licht zu rücken, protestieren wir. Sind die Fernsehzuschauer nach Ansicht der Fernsehredaktion so unimündig, dass ihnen ein Professor Dürrenmatt vorschwatzen muss, was sie von dem Film zu halten haben? Hören Pluralismuskonzept und demokratisches Selbstverständnis der Fernsehredaktion dort auf, wo kritische Autoren einigen einflussreichen Kreisen auf die Füsse treten könnten?

Wir fordern Sie auf, uns Ihre Beweggründe mitzugeben, die Sie dazu veranlassen haben, - an dem Film Kürzungen vorzunehmen, die über die vom Gericht verfürgten Schnitte hinausgehen, - den Film mit einer zehnmündigen polemischen Einführung und einer Nachbemerkung «einzuwickeln», als ob es sich bei dem Film um eine gefährliche Bombe handeln würde, - die beiden Autoren Dindo und Meienberg, die als einzige kompetent zu den aufgeworfenen Fragen zum Film hätten Red und Antwort sehen können, vom Podiumsgespräch fernzuhalten, - ausgerechnet den wohl kaum über jeden Zweifel erhabenen Historiker Prof. Peter Dürrenmatt mit der Kommentierung des Films zu beauftragen. Es ist peinlich und eine Provokation

für jeden aufrichtigen Demokraten, das ausgerechnet eine Persönlichkeit «die freiheitliche Demokratie, für die wir damals eintraten» und «unsere Widerstandshaltung» als Argumente gegen den Film heranzieht, die sich damals, als Sekretär der Bernischen Heimatwehr, nicht geschämt hat, auf einer Liste gemeinsam mit der Nationalen Front für die Nationalratswahlen 1935 zu kandidieren. War es nicht die Heimatwehr, die sich 1935 mit der Nationalen Front, dem Bund für Volk und Heimat und der Eidgenössischen Front zum «Nationalen Kampfbund» zusammenschloss, um «auf einer neuen christlichen Gesinnungsgrundlage für eine soziale Volksgemeinschaft» - die braune Liesel kenn ich am Geläut - «zu wirken und das Geheimniss der materialistischen Geist, gottlos und neuheldische Strömungen zu bekämpfen»?

Dass es sich dabei nicht um einen einmaligen «Ausbruch» handelte, beweisen die deutschen Reaktionen, als P. Dürrenmatt 1940 als Korrespondent der «Schweizerischen Mittelpresse» (SMP), dem Vorläufer der «Schweizerischen Politischen Korrespondenz» (spk), nach Berlin entsandt wurde. Immerhin hat damals SS-Sturmbannführer Dr. Klaus Gerhards Hügel, Schweizer Referent beim Reichsicherheitshauptamt, mit «Genugtuung» von der Entsendung Dürrenmatts Kenntnis genommen. Und im Januar 1941 bestätigte Hügel nach Aussagen des

Direktors der SMP, Caspar Jenny, dass «in der Person von Herrn Dürrenmatt... eine loyale Person nach Berlin abgeordnet worden sei». Wir fragen: Loyal wem gegenüber?

Gerade Prof. Dürrenmatt ist sicher nicht diejenige Persönlichkeit, die unter Berufung auf «unsere Widerstandshaltung» von damals, über den Film von Dindo/Meienberg heute zu richten hätte. Denn Dürrenmatt gehörte, ganz anders als der Landesverräter Ernst S., der sich der politischen Dimension seiner Handlungen wohl kaum bewusst war, zum Kreis jener Antiliberalen, die, wenn auch nicht den Anschluss der Schweiz ans Deutsche Reich, so doch in Anlehnung an die Ideen des Führers für eine Umgestaltung der freiheitlichen, parlamentarischen Demokratie zugunsten einer korporativen, ständestaatlichen Volksgemeinschaft plädierten.

Widerspricht es nicht den Richtlinien der SRG, wenn Dürrenmatt, der die Todesstrafe mit der einmaligen, existenziellen Bedrohung der Schweiz rechtfertigt, im Handkehrum die Frage aufwirft, ob nicht angesichts des internationalen Terrors, der die schweizerische Demokratie in keiner Weise existenziell bedroht, wieder an die Einführung der Todesstrafe gedacht werden müsse? Dürrenmatt hat mit seinem Kommentar nicht nur Ernst S. ein zweites Mal erschossen, sondern mit scharfer Munition auf Leute gezielt, die auch heute noch nichts von Dürrenmatts sozialer Volksgemeinschaft wissen wollen. Arbeitsgruppe Information der Arbeitsgemeinschaft Demokratischen Manifest Postfach 107, 8036 Zürich

Zweite Säule von links und rechts unter Beschuss

Alle wollen ihr Geschäft mit Rentengeld

Das zur Beratung in den eidgenössischen Räten anstehende Obligatorium der zweiten Säule ist eine «Fehlkonzeption». Die vorgesehene Regelung ist «sehr stark auf die kommerziellen Interessen der Privatversicherer» abgestellt. Der Mann, der diese und noch andere scharf-kritische Worte findet, ist keiner von denen, die weiterhin für die Volkspension eintreten, ist kein Linker – ganz im Gegenteil: es ist der rechtsfreisinnige ehemalige Zuger Nationalrat und Verwaltungsratspräsident von Landis & Gyr, Andreas C. Brunner. Auf der anderen Seite bezeichnen die linken Kritiker der zwei-

ten Säule die vorgesehene Regelung als das «Geschäft des Jahrhunderts» für die Versicherer und Banken. Damit noch nicht genug des politischen Altersvorsorge-Verwirrspiels: Die Privatversicherungen spannen mit den Gewerkschaften zusammen, wenn es um verschärfte Sicherheitsbestimmungen für die Anlage der Gelder fürs Alter geht. Sie spannen zusammen gegen die Banken. Im folgenden wird aufgezeigt, was sich hinter solchen verblüffenden Konstellationen verbirgt. Ein nächster Artikel wird Alternativen in der heutigen verfahrenen Situation für die Arbeitnehmer skizzieren

Am 3. Dezember 1972 hat das Volk die PdA-Initiative «für eine wirkliche Volkspension» verworfen und den Gegenentwurf des Parlaments angenommen, der das Dreisäulensystem verankert. Vor der Abstimmung war versprochen worden, die obligatorische zweite Säule werde dann auf 1. Januar 1975, spätestens 1976 in Kraft treten. Noch heute aber sind die parlamentarischen Beratungen nicht abgeschlossen. Heute darf man realistischere nicht mit einem Termin vor Anfang 1979 rechnen. Diejenigen Älteren also, die 1972 den Gegenverschlagn im Vertrauen darauf unterstützt haben, auch sie könnten von der beruflichen Vorsorge (BV) noch profitieren, sind getäuscht worden.

Aber mehr noch: Das, was in nächster Zeit als Entwurf des Gesetzes für die berufliche Alters-, Hinterbliebenen- und Invalidenvorsorge (BVG oder zweite Säule) vors Parlament kommt, nützt ganz sicher einer Gruppe: den Banken und Privatversicherungen, nicht aber den Rentnern und allen, die es werden. Diese nämlich könnten wesentlich billiger zu einer Altersvorsorge kommen, die zu mehr als einem Dachkammerchen und einem Leben unter vielen Einschränkungen reicht.

350 Milliarden – für wen?

Nachdem die Grundzüge des kommenden Gesetzes feststehen, ist klar, dass mit den je häufig zu Arbeitnehmern und Arbeitgebern zu zahlenden Beiträgen ungeheure Summen auf die Sparkante gelegt werden. Der Bundesrat hat für das Jahr 2000 von rund 350 Milliarden Franken gesprochen. (Selbst wenn hier noch in ungeheimer Wachstumseuphorie berechnet worden ist, so ist damit doch ein Begriff von der Grösse der zurückgelegten Gelder gegeben.)

Wozu aber dient dieses Geld? Der Bundesrat hat es in seiner Botschaft zum BVG in wünschenswerter Deutlichkeit gesagt: «Die erwähnte Kapitalbildung trägt zu langfristigen Wachstum der Volkswirtschaft bei», und: «Damit eine gesunde und leistungsfähige Volkswirtschaft erhalten werden kann, sollte ein immer grösserer Teil des Bruttozusatzprodukts für Investitionszwecke verwendet werden, um ein reales Wachstum von zum Beispiel jährlich 3 Prozent

von der Kapitalseite her zu ermöglichen.» Auch eines der Sprachrohre der Unternehmer, die «Wirtschaftsförderung», sah die Bedeutung der Sozialversicherung als «Sparsammelbecken und Träger der Investitionsfinanzierung». Ihn zur Seite stehen die Gewerkschaftsführer, etwa SGB-Sekretär Fritz Leuthy: «Unsere Wirtschaft braucht eben Kapital.» Dass die Spargelder schon in der Vergangenheit auch für Infrastrukturmassnahmen verwendet wurden, ist unbestritten. Doch auf der anderen Seite steht die Erfahrung, dass ein grosser Teil der Gelder beispielsweise die heute leerstehenden 50 000 bis 80 000 Wohnungen finanziert hat, dass mit privatwirtschaftlichen Kapitalinvestitionen über 300 000 Arbeitsplätze weggeräumt wurden. Schliesslich: Wenn die «Volkswirtschaft», die eben eine Privatwirtschaft ist, die Renten-spargelder als Investitionshilfe wirklich braucht, warum konnte sie dennoch riesige Geldmengen ausser Landes anlegen? Der Nutzen, den Arbeiter und Angestellte in der Schweiz aus Zwangsparitionen ziehen, ist damit zumindest sehr zweifelhaft.

Freie Aktienwirtschaft?

Die heute schon bestehenden öffentlichen Pensionskassen (18 Milliarden Reinerträge) und die privaten Einrichtungen der betrieblichen Altersvorsorge verfolgen eine unterschiedliche Anlagepolitik (s. Tabelle): das geltende Recht (ZGB Art. 89) verlangt, dass der Arbeitnehmeranteil am Vermögen der Kasse «in der Regel nicht in einer Forderung gegen den Arbeitgeber bestehen» darf, sei denn, diese werde sichergestellt. Daraus erklärt sich, dass die öffentlichen Pensionskassen 58 Prozent im eigenen Bereich, bei PTT, SBB, Bund, Kantonen und Gemeinden liegen haben, während die privaten Kassen in etwa 12,8 Prozent oder 42,5 Milliarden Franken im eigenen Betrieb anlegen. Denn im öffentlichen Bereich ist Gewähr für die Sicherheit der Gelder gegeben. Mit Immobilien «sichern» die privaten Kassen die Rentenzahlungen zu 26,7 Prozent, die öffentlichen zu 8,7 Prozent, die risikoreichste Anlage, halten die Öffentlichen zu nur 0,5 Prozent, die Privatbetriebe aber zu 6,3 Prozent (2 Milliarden Franken).

Um diese letzte Anlagenkategorie nun geht der Streit: Die Privatwirtschaft möchte sie noch stärker ausbauen. Und auch die Banken setzen sich dafür ein. Direktor J. Mast von der Schweizerischen Kreditanstalt beispielsweise fordert, die Wahl von Aktienanlagen solle den Pensionskassen «völlig freigestellt» werden. Er verlangt dies aus gutem Grund: die Banken profitieren von jeder Aktie, die durch ihre Vermittlung ge- und verkauft wird, sie sichern sich zudem über die Aktien, die von ihnen «verwaltet» werden, massiven Einfluss auf die Aktien-gesellschaften. Die Privatversicherungen hingegen wünschen ebenso wie – aus anderen Gründen – die Gewerkschaften vermehrte Sicherungen bei der Anlage von BV-Geldern. Die Versicherungen nämlich folgen ebenfalls auf einen grossen Teil des Riesen-BV-Kuchens: Scharfe Sicherheitsbestimmungen werden gerade kleinere Firmen, die es sich nicht leisten können, einen grossen Verwaltungssparat aufzuweisen, in die Arme der Privatversicherer treiben.

Milliardenschaff: Banken und Versicherungen

Der heutige SPS-Präsident Helmut Hubacher sagte bereits 1972, die Grossbanken rechneten damit, 60 bis 75 Prozent der Kapitalien der zweiten Säule verwalten zu können. Heute geht es im Grund nur noch darum, ob die Banken oder die Privatversicherer zum grossen Geschäft kommen. Hubacher meinte: Die mit diesem Anlageverhalten verbundenen Gewinnchancen, abgesehen von der Machtkonzentration, steigen ins beinahe Unermessliche. Sehr richtig schloss er: «Die Frage, ob die zweite Säule dem privaten Versicherungs- und Bankkapital überlassen werden soll oder nicht, wird zu einem Politikum ersten Ranges. Im Interesse der Gemeinschaft kommt nur eine öffentlichrechtliche Variante in Frage. Sonst wird die zweite Säule zum grossen Geschäft für die Grossen.»

Und das wird es, denn die im Gesetzesentwurf vorgesehene partielle Sittung für den Lastenausgleich und die Auffangkasse (gesamtschweizerische Instrumente im System der zweiten Säule) sind zwar nicht – wie ursprünglich von den Privatversicherern vorgeschlagen – in der Regie der Privatversicherer, wohl aber sind sie rechtlicher Natur. Das Geschäft läuft. Banken und Versicherungen bereiten sich schon auf die

Unterbringung des grossen Geldes vor. (Seit 1973 unterhalten die Banken hauseigene Anlage- und Vorsorgeanstalten, die Kantonalbanken haben eigenen eigenen Dienst aufgebaut, der kleinen Unternehmen Aufbau über Führung von Pensionskassen abnimmt usw.)

Dieses Geschäft mit dem betrieblichen Altentgelt ist nur deshalb so gross und begehrt, weil riesige Beträge dabei anfallen, Gelder, die in ihrer Höhe die AHV-Gelder vielfach übersteigen. Warum? Und: Muss das so sein?

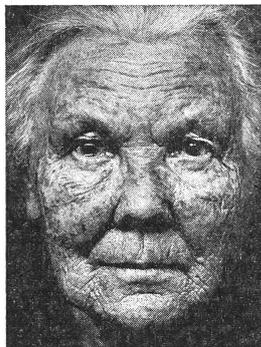
Es gibt drei verschiedene Finanzierungsmöglichkeiten für eine Sozialversicherung: das Ausgaben-Umlage-Verfah-

ren für die öffentlichen Pensionskassen vorgesehen, das mit dem RUV auch genügend Deckungskapital für die aus dem Staatsdienst in den privaten Sektor Wechslernden vorhanden wäre.

Der wesentliche Unterschied zwischen dem AUV und AHV/IV und dem DKV der zweiten Säule hat der Bundesrat deutlich herausgestellt: «In der zweiten Säule soll weitgehend der Versicherungsgedanke beachtet werden. Im wesentlichen geht es um die individuelle Äquivalenz (Gleichheit) von Leistung und Gegenleistung, dies im Gegensatz zur AHV, in welcher der Solidaritätsgedanke vorherrscht. Die Berücksichtigung des Versicherungsgedankens erlaubt, das eigentliche Wesen der Pensionsversicherung zu wahren.» Das bedeutet, dass (wie Fritz Leuthy gesagt hat) bei der zweiten Säule jeder für sich selbst spart, während bei der AHV kein Kapital angesammelt wird und die jeweiligen Jungen für die jeweiligen Alten zahlen.

Apropos Solidarität: Das bei der DKV/zweiten Säule gesammelte Kapital muss Gewinn bringen, über Mieten zum Beispiel. In den paritätisch besetzten Stiftungsräten der Pensionskassen werden also auch die Vertreter der Arbeiter und Angestellten dafür sorgen müssen, dass der Zins für Wohnungen, die der Pensionskasse gehören und in denen andere Arbeitnehmer zu Hause sind, nicht sozial, sondern rentabel sind, d. h. möglichst viel Gewinn abwerfen.

Die Propagandisten der zweiten Säule nach dem (für Hunderte von Pensionskassen zersplitterten) DKV-Prinzip sind in die Klemme geraten, seit durchwegs gesichert ist, was der Bundesrat unter vielen Zahlen sorgsam versteckt hat:



Werden sie sich wehren – die Betrogenen?



ren (AUV), das Deckungskapital-Verfahren (DKV) und das Rentenwert-Umlage-Verfahren (RUV). Die AHV/IV ist nach dem AUV aufgebaut. Es beruht darauf, dass jährliche Ausgaben für Leistungen und Durchführungskosten durch die jährlichen Beitragseinnahmen gedeckt, d. h. auf die Versicherten umgelegt werden. Das Verfahren ist äusserst flexibel, weil Ausgaben und Einnahmen einander angepasst werden können. Es ist aber nur da anwendbar, wo ständig genügend Beitragszahler nachrücken, die für die Leistungen aufkommen, wo also die solidarische «Risikogemeinschaft» alt für jung, Gesunde für Kranke, fortwährend besteht. In öffentlichen Pensionskassen ist dies nicht der Fall. (Wer zahlt Rentenleistungen, wenn alle Beschäftigten, d. h. Zahler, entlassen sind bei einer Einstellung des Betriebs? Wer würde später den Entlassenen ihre Rentenanteile zusichern?)

Pensionskassen, deren Mitgliederbestand nicht gesichert ist, müssen die Beiträge ihrer Mitglieder zu einem Deckungskapital ansammeln, aus dem die abgemachten Leistungen selbst bei einer Betriebsschliessung gezahlt werden können. Hier muss das Deckungskapital-Verfahren (DKV) angewendet werden. Das DKV ist teurer als das AUV, es benachteiligt die Eintrittsgeneration und bringt wegen seiner Kompliziertheit höhere Verwaltungskosten mit sich, Kosten die vom Arbeitnehmer zum Teil mitzuführen sind.

Das Renten-Umlage-Verfahren (RUV) liegt zwischen AUV und DKV. Hier wird aus den im Verlauf einer bestimmten Zeit anfallenden Beiträgen das Kapital gebildet, mit dem die in diesem Zeitraum anfallenden, erstmals zu zahlenden Renten bis zum Lebensende gedeckt werden. Kapital für die Altersvorsorge, d. h. die noch nicht angelaufenen Renten, wird hier im Unterschied zum DKV nicht angesammelt. Bei nur freiwilliger Mitgliedschaft oder nicht gesichertem Mitgliederbestand, d. h. ohne Zwangselement, ist das RUV nicht generell anwendbar. Im bundesrätlichen BVG-Entwurf wird das RUV

die zweite Säule erfordert auf 30 bis 40 Jahre hinaus mindestens ebenso hohe, wahrscheinlich sogar höhere Beiträge als die AHV/IV, zahlt aber im Schnitt nur halb soviel an Renten aus. Und so haben sie dann das kleine AHV-Defizit 1975 zum willkommenen Anlass zu einer Kampagne genommen: «Arbeitgeber-Zeitung», Jahresbericht der «Rentenanstalt-Versicherung» und Blätter wie das rechtsfreisinnige «Aargauer Tagblatt» verdächtigen die AHV und ihr AUV als unsicher. Das Patentrezept an Sicherheit dagegen sei die zweite Säule mit ihrem DKV.

Gerade aber der ebenso rechtsfreisinnigen und wegen seiner arbeitnehmerfeindlichen AHV-Vorschläge nicht wieder-gewählte Zuger Alt-Nationalrat und Landis-&Gyr-Verwaltungsratsvorsitzende Andreas C. Brunner ist dem entgegengetreten: «Meinerseits halte ich es für absolut unverantwortlich, dass Fachleute der Öffentlichkeit über wichtige Zusammenhänge wieder besseres Wissen ein falsches Bild geben... Es ist falsch, die Finanzierungsprobleme der Eidgenössischen Versicherung (EV) zu dramatisieren. Diese sind viel einfacher zu lösen als zum Beispiel das Problem der beruflichen Vorsorge (BV)... Es gibt keinen Grund, das AUV als gefährlicher zu beurteilen, und es ist ausdrücklich festzustellen, dass die EV auf die Dauer nicht nur die beste, sondern auch die billigste Versicherung ist, die sich denken lässt.»

Brunner enthüllt auch, dass es sich hier um eine gesteuerte Kampagne handelt: «Ebensowenig überrascht es mich, dass ich von mehreren Politikern im Gespräch besorgt darauf hingewiesen wurde, dass sei unzuverlässig, die Schwächen der AHV/IV «ent-dramatisieren». Die Banken- und Versicherungslobby lässt hier grinsen.

Kapitaldissidente: Hand auf Sparstrumpf halten

Was aber bringt Brunner dazu, «klassenspartanisch» mitten in der Unterstützung einzelner anderer Unter-

mer, offen gegen Banken und Versicherer aufzutreten? Warum stört Brunner die Einheitsfront der Bürgerlichen, die von «Winterthur-Leben»-Versicherung-Generaldirektor Dr. Peter Binswanger, Präsident sowohl der sozialpolitischen Kommission des Verbandes Schweizerischer Versicherungsgesellschaften (VSV) wie auch der Schweizer Freisinnigen, trefflich angeführt wird? (Binswanger hat seine Karriere übrigens in zuständigen öffentlichen Stellen für Sozialversicherung begonnen und verfügt seit über wirkungsvolle Verbindungen.)

Der Widerstand der Dissidenten im Kapitallager entzündet sich an verschiedenen Sorgen: Kleine und mittlere Unternehmer fürchten, sie müssten unter dem Druck ständiger Bestimmungen in Sachen Kassenführung teure Verträge mit einer Privatversicherung abschliessen oder ihre eigene Kasse in der grösseren eines Berufsverbandes aufgehen lassen. Eine andere Unternehmerangst ist die Inflation oder ein Andauern der Krise: die aufzubringenden Arbeitgeberbeiträge wären dann hoch. Diese Kapitalisten möchten daher das Leistungsziel der zweiten Säule heruntersetzen oder «flexibel» gestalten.

Verfügungsgewalt könnte entgleiten

Schliesslich fürchten Brunner und seine Gefolgsleute, ihnen könnte die Verfügungsgewalt über die kommenden Zwangsparitionen entgleiten, die für die Arbeiter und Angestellten aufgehäuft werden. (Die paritätische Stiftungsverwaltung brauchen sie nicht zu fürchten: hier werden die Arbeitnehmervertreter zugunsten der Kapitalnehmer stimmen – oder stimmen müssen.) Dem ersten Einwand von Brunner, die zentrale Lastenausgleich und die Auffangkasse könnten zu einer «Monsteinrichtung» werden und die bestehende betriebliche Pensionskasse schlucken, weil sie billiger wären (RUV statt DKV), ist Rechnung getragen worden: auch die Auffangkasse ist nun auf das teure DKV verpflichtet worden. Der Einfluss der Unternehmer auf «ihre» Gelder bleibt also erhalten.

Dennoch sieht Brunner noch schwere Kapitalistennot am Horizont und erhebt weiterhin beschwörend seine Bulletinstimme: Da sich die Pensionskassen der öffentlichen Bediensteten nach dem billigeren RUV versichert werden sollen, werden die Arbeiter und Angestellten der Privatwirtschaft fordern, ebenso niedrige Beiträge wie die Kolleginnen und Kollegen beim Staat zu zahlen. Nachdem schon die Pensionskassen der Pensionskassen und damit auch die Unternehmer schwer belasten werden, könnte diese Forderung der Arbeitnehmer privaten Betriebspensionskassen (faktisch kontrolliert durch Brunner und seinesgleichen) den Rest geben: Die Forderung nach einer zentralen zweiten Säule werde dann übermächtig werden. Und schliesslich habe man dann in der Schweiz «schwedische Zustände»: Verbandsfunktionäre steuerten dann mit riesigen Pensionskassenvermögen die ganze Wirtschaft.

Mögen Brunners Ängste auch unbegründet sein, so sind sie doch einer der Faktoren im Politpokal zwischen verschiedenen Kapitalflügeln, Gewerkschaften und Parteien und die zweite Säule. Das Fatale an diesem Spiel ist: Für die jetzt ältesten Mitbürgerinnen und Mitbürger ebenso wie für uns alle, wenn wir ins Rentenalter kommen, gilt, dass es für viel Geld wenig Sicherheit im Alter gibt, dafür aber viel Gewinn für Banken, Versicherungen und Betriebe.

Das, was hier derartig pessimistisch klingt, ist die Beschreibung eines typischen Zustands unserer Sozialpolitik: Die Schweiz AG als eine der reichsten Gesellschaften der Welt ist heute und auch weiterhin nicht willens, allen Betagten, Hinterbliebenen und Invaliden ein Leben ohne materielle Sorgen zu sichern. Möglich wäre das – in Form eines einzigen grossen Sozialwerks, das einmal nicht auf die Interessen des mächtigen Kapitals, vertreten durch seine Parlamentslobby in Bern, abstellen würde. Davon, was das konkret heisst, berichten wir in einem nächsten Artikel.

B. Dietrich

das Konzept

Redaktion und Administration: Rämistrasse 66, CH-8001 Zürich, Schweiz; Telefon 0 (01) 47 75 30, Postschweizkonto 80337626.
Redaktion: Ruedi Küng, Rolf Nef, Bernd Dieter Niehär, Beat Schweglerbrun.

Artikel: In jeweils nur die Meinung des Verfassers wieder.

Nachdruck nur nach vorheriger Absprache mit der Redaktion und mit Quellenangabe gestattet.

Für unverlangt zugesandte Unterlagen wird keine Verantwortung übernommen.

Grafische Gestaltung: «thun» Goppmann

Herrenklub-Vertrag: des Konzepts (Mitglieder: Verband der Schweizerischen Studentenschaften, Studentenschaft der Universität Zürich, Verband der Studierenden an der ETHZ).

Erscheinungsweise: Monatlich an allen Hochschulen, Technika, Lehrerseminaren, Musikonservatorien, Höheren Wirtschaft- und Verwaltungsschulen und Schulen für Sozialarbeit der deutschen Schweiz sowie am Kiosk. Auflage 32 000.

Inserate: Mosse-Annoncen AG, Limmattal 94, CH-8023 Zürich, Tel. 0 (01) 47 34 00, Telex 52 238

1-s-p-mm-Zelle – 62 Fr. (übliche Rabatte)

Druck und Versand: Druck-Anzeiger, Postfach, 8021 Zürich.

Redaktionschluss Nr. 7: 24. 6. 1977

Inseratenschluss Nr. 7: 24. 6. 1977



Zweite Säule: Sozialwerk oder Geschäft?

Dass ein sozialpolitisches Buch ein «Renner» wird, ist äusserst selten. Denn sozialpolitische Fragen sind zwar wichtig und betreffen fast jeden unmittelbar. Zugleich aber sind die genauen Sachverhalte meist recht kompliziert. Jost Steiger's «Zweite Säule: Sozialwerk oder Geschäft? Vollausbau der AHV/IV als Alternative zur Dreisäulenkonzeption», erschienen in der Reihe «Rote Welle» der Zürcher Limmat-Verlag-Gesellschaft, scheint ein solcher «Renner» zu werden. Und zu Recht: Der Zürcher Sozialökonom orientiert über das Projekt der zweiten Säule und ihre Problematik. Er zeigt anhand offizieller Zahlen auf, wem diese Konzeption nützt und dass die Rentner selbst schlecht dabei wegkommen. Daher fordert er den Verzicht auf die zweite Säule und deren Einbau in die AHV/IV. Der Autor bemüht sich um Verständlichkeit, und dies gelingt ihm auf weite Strecken. Für nur 11 Franken bietet dieses Buch, von dem auch der nebenstehende Artikel wesentlich profitiert hat, einen Überblick, wie man ihn sich schon lange gewünscht hat.

Wo stecken die heutigen Pensionskassengelder?

	in eigenen Bereich der eigenen Firma	in Immobilien	in Obligationen	in Hypotheken	in Aktien
öffentliche Pensions-Kassen	58	8,7	12	10,5	0,6
private Pensions-Kassen	12,8	26,7	30	15,8	6,3

Interview mit Wolf Biermann: In der DDR ist die soziale Sicherheit grösser, aber ...

Die stalinistische Bürokratie hat allen Grund zur Furcht

Biermann sprechen lassen. Das ist wichtig, weil sein «Fall» so viel Hetzstoff jenen geben hat, welche den Sozialismus bekämpfen. Das ist wichtig aber auch, weil der Sozialismus noch nicht «an Land gezogen ist», wie Biermann sagt. Interview-Anfragen hat er allen schwärzerischen Zeitungen abschlägig beantwortet, mit Ausnahme der Zeitschrift «debatte» des Marxistischen Studentenverbandes Basel*).

Du hast mehrfach den Stalinismus verurteilt, hast seine Grausamkeit, Brutalität hervorgehoben ...

... und zwar die konterrevolutionäre Grausamkeit, nicht die revolutionäre Gewalt.

... das war aber beschränkt auf eine moralische Qualifizierung des Stalinismus. Hast du politische Vorstellungen über das Wesen des Stalinismus und seine Überwindung?

Ich habe mich spätestens seit dem 20. Parteitag der KPdSU, wo Chruschtschow diese sehr stalinistische Kritik



am Stalinismus geübt hat, diese unvollkommene, halbe, eigentlich nur moralistische Analyse geliefert hat, mit dem Problem des Stalinismus beschäftigt. Es ist mir nicht entgangen, dass das, was wir mit dem Schlagwort «Stalinismus» bezeichnen, seine historischen Ursachen hat. Ursachen, die eben in der Zurückgebliebenheit der ökonomischen Verhältnisse im damaligen Russland zu finden sind, in der Tatsache, dass die Sowjetunion, isoliert und umringt von wütenden Feinden, den ersten Versuch machen musste, den Sozialismus aufzubauen. Darüber müssten wir uns länger und genau unterhalten ...

Du hast gestern den richtigen Satz gesagt, man müsse sich hüten vor Menschen, die die Menschen nur abstrakt lieben, dazu im konkreten Einzelfall aber nicht fähig sind. - bist du nicht einer, der den Sozialismus nur abstrakt, als Idealvorstellung, liebt?

Das stellt sich mir anders dar. Ich weiss, dass die Ursachen dessen, was wir Stalinismus nennen, nicht etwa in den schlechten Charaktereigenschaften des Herrn Stalin liegen. Uns ist das klar. Aber es besteht eine grosse Gefahr darin, dass man seiner Klugheit auf den Leim geht in dem Sinn, dass man leicht verführt wird, sich und andern einzureden, dass diese bestimmten Ursachen notwendigerweise zu diesen Ergebnissen führen müssten. Ich kann euch natürlich Gründe sagen, warum zwanzig Millionen Menschen in der UdSSR unkommen «mussten», warum von 11 Mitgliedern des Thälmannschen Politbüros 6 in der Sowjetunion und 5 bei Hitler liquidiert werden «mussten». Man müsste über die russischen Revolutionsbedingungen sprechen, über die mangelnden bürgerlich-demokratischen Traditionen, über den Verrat der westlichen Sozialdemokratie in der Novemberrevolution usw. Aber das alles würde unter dem Strich nicht bedeuten können, dass es zu diesem gegen die Partei und das Volk gerichteten Terrorregime kommen musste.

Aber die Geschichte ist nicht revidierbar. Sie schreibt sich von einem einmal erreichten Punkt weiter.

Deswegen müssen wir, auch wenn wir wissen, dass das, was wir Stalinismus nennen, historische Ursachen hat, doch mit Leidenschaft, mit Eifer und mit Zorn Partei ergreifen gegen die stalinistische Bürokratie, die massive materielle Privilegien besitzt und verteidigt, die auf jeden Fall eine relative Stabilität hat; wir müssen in diesem innersozialistischen Konflikt Partei ergreifen. Unser grosses Problem besteht in der Tat darin, dass wir schon einen historischen nicht mehr so jungfräulichen Sozialismus haben ...

... aber wir haben einen Sozialismus ...

*) Der vollständige Text des Interviews erschien in «debatte» Nr. 2/1977, Organ des MSV Basel, Postfach 1617, 4001 Basel, 1.50 Fr.

Gesellschaftlichen Osteuropas zu lernen, sie zu verstehen. Sie sind brisant, weil Biermann sich dadurch als vehementer Sozialist profilieren und dennoch seine scharfe Kritik an den Mängeln und Verhärtungen seiner Heimat definieren kann. Um sozialistische Politik hier und im Osten dreht sich also dieses Gespräch, um Stalinismus, Eurokommunismus, um Freiheiten und um die Rolle der Intellektuellen - und um die Rolle Biermanns selbst. Unser Abdruck gibt etwa die Hälfte des Gesprächs, und zwar seinen letzten Teil, wieder.

Wirklichkeit, in der ich das Privileg genoss, mich mit den innersozialistischen Problemen beschäftigen zu müssen, zu können. In der DDR gibt es keine ernst zu nehmenden politischen Kräfte, die zurück in den Kapitalismus wollen.

Mein Publikum in der DDR waren Leute, die alle, mehr oder weniger verschwommen, für eine sozialistische Entwicklung eintreten, die allerdings leidenschaftlich und heftig zerstritten sind über die Frage, wie man diese Wege gehen soll. Ihr befindet euch in einer Gesellschaft, in der ihr noch beschäftigt seid mit dem klassischen Konflikt mit der bürgerlichen Gesellschaft, und da mag es sein, dass ich mit meinen Liedern mehr Verwirrung anstelle als Dinge klarer mache für manche Leute hier. Aber ich glaube, dass das nicht ein unlösbares Problem ist. Das sicherste Mittel, den verlogenen Beifall der bürgerlichen Seite mir vom Hals zu halten, wäre die kritische Solidarität meiner Genossen hier im Westen.

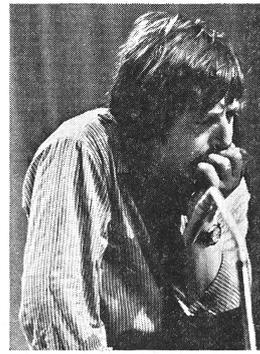
Was natürlich voraussetzen würde, dass du solidarisch bist mit diesen Genossen.

Ich habe mich ja auch in innerkapitalistischen Angelegenheiten engagiert. Nicht nur mit meinen antifaschistischen Liedern, sondern auch mit meinen Liedern gegen Berufsverbote für Kommunisten. Als ich hörte, dass die Genossen in der Schweiz die Absicht haben, ein Gespräch mit mir zu machen für ihre Zeitung, da habe ich sofort zugestimmt und allen bürgerlichen oder sich links definierenden Zeitungen mit ihren Interviewwünschen abgesagt. Ich bin der Meinung, dass wir dabei endlich mal über die Dinge reden können, die uns wirklich interessieren. Und die für mich auch wichtig und lehrreich sind. Wenn das so läuft, haltet ihr mir schon ganz automatisch die Liebeserklärungen der Bürgerlichen vom Leibe. Gerade die hasserfüllten Artikel gegen mich z. B. in der «UZ», der Zeitung der DKP, die werfen mich doch der bürgerlichen Seite geradezu zum Frass hin.

Ich kann nicht so schnell ein Programm machen, das auf eure unmittel-

«Es gibt in der sozialistischen Entwicklung tiefe Konflikte, die sich natürlich auch personalisieren, sich in den handelnden Personen niederschlagen, in ihnen aber nicht die Ursache haben.»

baren westlichen Fragestellungen zugeschnitten ist. Um so wichtiger wäre es, dass die Kommunisten in den westlichen Ländern mich in ihre Solidarität einbeziehen.



Das setzt voraus, dass du dich ihnen und ihren Zielen unterordnest ...

... ja, «einordnest». Als ich z. B. in Italien gesungen habe, «Genossen der PCI, geht es solche Probleme nicht. Denn dort hören die Leute meine Lieder mit einem ganz anderen Ohr, mit einem linken Ohr. Die sagen, der Biermann kommt aus einem Land, das den schwierigen Versuch macht, den Sozialismus aufzubauen, das vielleicht noch nicht sozialistisch ist. Aber es hat einen historischen grossen Vorteil: Es ist nicht mehr kapitalistisch. Er kommt aus einem Land, dessen Erfahrungen wichtig sind für uns. Nicht nur weil wir in den Genuss der Lehren kommen wollen, die dort um den Preis vieler Opfer gemacht worden sind, sondern auch weil sich ja das Urteil der arbeitenden Menschen hier in einem ziemlich starken Masse bildet an der Wirklichkeit in jenen Ländern.

Das ist vielleicht für euch Schweizer nicht so gravierend, aber für die Kom-

munisten in der BRD ist das ein ganz deutliches Problem. Da bildet sich das Urteil der Werktätigen über die Chance des Sozialismus in einem hohen Grade an der gesellschaftlichen Wirklichkeit in der DDR. Und wenn sie sehen können, dass dort ein so gewaltiger Maulkorb verpasst ist, dass sich die Bourgeoisie darüber nur freuen kann ...

... sind denn die Wünsche Biermanns und gewisser Intellektueller auch die Wünsche des arbeitenden Volkes? Die Freiheitsrechte «der Intellektuellen» können doch nicht abstrakt, klassenneutral betrachtet werden. Sie können in bestimmten Situationen den Freiheitsrechten des Volkes widersprechen ...

... durchaus. Sie müssen nicht identisch sein. Das liegt im Wesen der Sache. Ich habe übrigens auch genügend deutlich im Westfernsehen gesagt, dass man eine Gesellschaft nicht daran messen kann, wie es den Intellektuellen darin geht. Die Intellektuellen sind nicht das Mass der Dinge. Und wenn man von Freiheit redet, vom Recht auf Meinungsäusserung, dann wollen wir das Recht des Volkes in dieser Frage reden. Deswegen ist es auch eine rein bürger-

«Unser grosses Problem besteht in der Tat darin, dass wir schon einen historisch nicht mehr so jungfräulichen Sozialismus haben ...»

liche Sicht der Dinge, wenn im Westen gefordert wird, Intellektuellen im Osten mehr Freiheit haben sollen, ihre Meinung zu äussern. Ich bin nie dieser Meinung gewesen. So wird das Problem auf den Kopf gestellt.

Als Kommunisten interessiert uns, welche Möglichkeiten der Selbstbestimmung das werktätige Volk hat, dort, wo der hauptsächlich Lebensprozess der Gesellschaft stattfindet, nämlich in der materiellen Produktion. Wie können die Arbeiter Einfluss nehmen auf die Produktionsprozesse, was passiert in den Fabriken, wo der gesellschaftliche Reichtum produziert wird, wie wird er verteilt? Welches ist die Lohnpolitik, für welche gesamtgesellschaftlichen Ziele wird produziert? Da wird entschieden, wo es langgeht! Wenn die Arbeiter mehr Freiheit haben, ihre Angelegenheiten zu bestimmen, dann ergibt sich die Freiheit der Intellektuellen von selbst.

Du weisst, worauf wir hinauswollen: Wenn von Freiheitsrechten gesprochen wird, nicht im bürgerlichen Sinn, meinen wir auch das Recht auf Arbeit, auf Gesundheit, auf Altersicherung usw. ...

... und in diesem Punkt zählt sich der historische Fortschritt, den die DDR bedeutet, konkret aus. In der DDR gibt es diese Art von Existenzangst nicht. Dort ist die soziale Sicherheit grösser, das habe ich im Westen auch deutlich gesagt.

Nicht in deinem Basler Konzert!

Weil ich nicht jedesmal ein politisches Gruppenspektakel abziehe ...

... es ist eine Frage der Auswahl ...

... gut, ich werde das nächste Mal in Zürich berücksichtigen. - Welch eminente Vorzüge selbst dieser stalinistischen verkrüppelte Sozialismus an konkreten Menschen für die werktätigen Arbeiter hat, das stand im «Neuen Deutschland» von hinten bis vorn tagtäglich. Und es ist klar, dass die Leute, die Lieder machen, diese Seite vernachlässigen ...

... hier ist es aber genau umgekehrt.

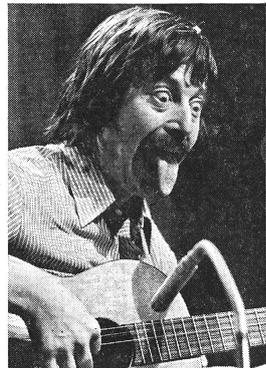
Hier ist es umgekehrt. Aus der Sicht der westlichen Verhältnisse wird man sich die Seite der Dinge nicht ansehen müssen und auch künstlerisch zur Erscheinung bringen müssen. Darin sehe ich eine der Aufgaben, die sich jetzt für mich stellen. Das, was in der DDR Selbstverständlichkeiten waren, das ist hier keine Selbstverständlichkeit und muss deshalb in meinen Liedern deutlich Öffentlichkeit deutlich gesagt werden. Und das ihr das als Kommunisten von mir abverlangt, weil ihr eure Gesellschaft besser kennt, das ist für mich produktiv. Das ist eine Kritik, aus der ich lernen kann, die ich akzeptieren und einsetzen kann in meiner Arbeit. Deswegen ist ein solches Gespräch für mich produktiver als ein Gespräch mit Bürgerlichen, denn die werden mir das bestimmt nicht abverlangen. Es ist aber auch produktiver als die Holzhammermethode der DKP, die mich nur beschimpft als Konterrevolutionär, als Klassenfeind, als CIA-Agenten ...

Ich möchte etwas mehr sagen über die Selbstverständlichkeiten, über die ich in der DDR weniger gesprochen habe, die hier im Westen aber wichtig sind. Worin bestehen die Vorzüge bei allen Nachteilen, die ich in meinen Liedern deutlich beim Namen genannt habe? Denn aus bürgerlicher Sicht könnte man mich fragen: Weshalb willst du überhaupt in die DDR zurück? - Der wesentliche Vorzug der DDR-Gesellschaft besteht für mich darin, dass sie die reale Chance hat, sich in einem sozialistischen Verhältnis zu entwickeln, ohne dass sie noch gezwungen wäre, einen stabilen Kapitalismus aus den Angeln zu heben.

Wie schwer das ist, haben wir in Chile, Portugal gesehen. Wie relativ leicht, schmerzlos, ohne grosse Opfer hat, wie leicht sozialistische Verhältnisse in einen wirklichen Sozialismus umgewandelt werden kann, das hat meiner Meinung nach die Revolution in der CSSR gezeigt.

Aber die materiellen Bedingungen des Sozialismus sind in den sozialistischen Staaten gesichert. Oder stellst du das in Frage?

Die materiellen Bedingungen des Sozialismus sind geschaffen, aber sie sind noch nicht an Land gezogen. Dieser zweite Schritt der Revolution ist aber sehr viel leichter, als einen noch existierenden Kapitalismus aus den Angeln zu heben. Für mich war die CSSR der schlagende Beweis, welch einen historisch gewaltigen Fortschritt selbst der stalinistische Sozialismus bedeutet, weil er eben auf eine sehr leichte Weise umgewandelt werden kann in eine sozialistische Demokratie. Und dass die sowjetischen und die chinesischen Panzer diesen Versuch niederge-



schlagen haben, das ist kein Beweis des Gegenteils.

Aber die Ereignisse in der CSSR hatten Doppelcharakter, nicht wahr?

Lebendige geschichtliche Prozesse sind nie eindeutig. Aber die politisch-sozialen Kräfte in der CSSR für eine sozialistische Alternative zum Novotny-System waren meiner Meinung nach gesichert. So schön und idyllisch wird es nie wieder sein. Wenn in Polen eine solche Entwicklung vor sich gehen würde, wäre es schwieriger. Denn dort gibt es eine starke, antisozialistische katholische Kirche, einen alten, tiefen Russenhas - der seine historischen Gründe hat -, und einen schlimmen Antisemitismus. Dieses widerliche Gemisch - gute Nacht! Wie in der CSSR wird es nie wieder passieren. Aber es wird! Und trotz alledem auch in Polen die Arbeiteraufstände, die mächtigen Streiks der Wertarbeit sprachen eine klare sozialistische Sprache. Und die mächtigen Bürokraten in der DDR wurden gerade durch die polnischen Ereignisse unsant von ihrem stalinistischen Höhenflug an die Erde herab gesenkt. Die Arbeiterkräfte der DDR hat allerhand Früchte geerntet, die die polnischen Arbeiter geerntet haben.

Ich habe mir viele Feinde in Westdeutschland gemacht mit meinen Bemerkungen über den 17. Juni 1953. Das hat mir Morddrohungen eingebracht, aber ich bin nicht in die BRD gekommen, um mich bei der Bourgeoisie beliebt zu machen. Ich habe dort das gesagt, was ich denke. Das muss ihr bei euren Einschätzungen über meine Wirkung im Westen auch bedenken. Ich habe dort in Köln, als die Maoisten mich angezapft haben wegen der sowjetischen Panzer, 1953 in Berlin, gesagt, dass der 17. Juni noch einen Januskopf hatte. Er war schon ein demokratischer Arbeiteraufstand, nämlich gegen den Terror der stalinistischen Bürokratie gegen die Normenhetze - und er war noch ein konterrevolutionärer, faschistischer Aufstand derjenigen Kräfte, die sich nicht damit abfinden konnten, dass ein Teil Deutschlands endlich der Bour-

geoisie entrissen war. An der Scheide zwischen der alten und der neuen Zeit war der 17. Juni noch geprägt von diesem Widerspruch. Schon die Ereignisse des 17. Juni zeigen, dass die sozialistische Dimension dieser Bewegungen immer stärker wird, die konterrevolutionäre immer schwächer. Das ist das bestimmende Element im Geschichtsprozess.

Die stalinistische Bürokratie hat allen Grund, sich zu fürchten. Es handelt sich nicht um Missverständnisse. Sie ist in der Tat bedroht durch die Tendenz einer kommunistischen Opposition. Dass sie in ihrer verzweifelten Lage jeder Opposition das faschistische Brandzeichen auf die Stirn drückt, macht keinen Eindruck mehr. Weil es nicht wahr ist.

«Wenn die Arbeiter mehr Freiheit haben, ihre Angelegenheiten zu bestimmen, dann ergibt sich die Freiheit der Intellektuellen von selbst.»

Ich bin ja auch gegen die Argumentation der rumänischen Kommunisten in bezug auf den Einmarsch in die CSSR. Ceausescu, der sich gegen den Stalinismus der Russen schützt, indem er seinen eigenen kleinen, harten Stalinismus gegen sein eigenes Volk praktiziert, hat die Intervention in der CSSR mit einer ganz und gar bürgerlichen Begründung verteidigt: Nichteinmischung. Ich bin der Meinung, wenn in der CSSR wirklich eine Konterrevolution stattgefunden hätte, dann hätte das Recht und die Pflicht gehabt, dort uns einzumischen. Um zu verhindern, dass das, was endlich aus dem bürgerlichen Lager herausgerissen wurde, uns wieder genommen wird. Aber es war eben umgekehrt.

Nach dem SKA-Skandal darf nicht mehr gezauert werden

Unsere Banken - ein nicht mehr tragbares Risiko

Wir haben ein Signal erhalten. Die Chiasso-Affäre ist eine Warnung. Es ist nicht die erste. Aber sie ist doch so deutlich, dass es staatsbürgerlich unverantwortlich wäre, nicht einzugreifen. Es wäre falsch, jetzt nur ein paar Köpfe in der SKA rollen zu lassen und das System, welches dies verursacht hat, beizubehalten. Wir wissen zwar, dass in der schweizerischen Finanzhochburg keine moralische Frage nach Herkunft und Ziel der durchgeschleusten Milliarden-Massen gestellt wird. Aber doch wissen wir wenig oder nichts von den Auswirkungen des Finanzplatzes Schweiz auf die anderen Länder. Wir kennen nicht einmal dessen Gefahren für uns selbst.

Die grösste Gefahr ist heute das internationale Netzwerk immerer Verschuldung, in dem der Finanzplatz Schweiz eine zentrale Rolle spielt und heute beängstigende Proportionen erreicht. Ein Zahlenbeispiel: Allein auf dem Eurodollarmarkt besteht heute ein Schuldenvolumen von 250 Milliarden Eurodollars (Eurodollars sind nichts anderes als amerikanische Dollars im Besitze europäischer Banken und Konzerne, die als kurzfristige Kredite mit meist 3- bis 6monatiger Laufzeit und hohen Zinsen angelegt und nach Rückzahlung immer wieder umgewälzt werden). Wenn diese ungeheuren Geldmassen gehen, woher sie kommen, wer sie erwirtschaftet hat, wissen nur wenige Insider. Die Schweizer Banken sind mit etwa einem Drittel am Eurodollarmarkt beteiligt, d.h. sie haben etwa 60-80 Milliarden Dollar im Ausland kurzfristig angelegt. Dies ist ein grosser Betrag als das ganze Bruttosozialprodukt der Schweiz.

Ein labiles Kartenhaus

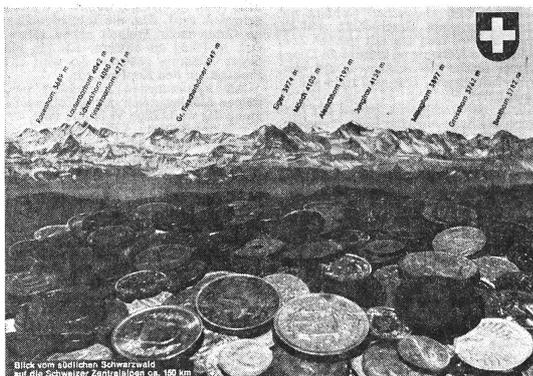
Oder eine andere Zahl: Die Entwicklungsländer zusammen sind mit rund 240 Milliarden Dollar gegenüber dem reichen Ausland überschuldet (Eurokredite und nichtgarantierte private Kredite eingerechnet). Bei diesem immensen Verschuldungsgrad kann man nur noch von einem labilen Kartenhaus internationaler Kreditverflechtung sprechen, bei der natürlich die Schweiz wieder überproportional beteiligt ist. Das Verschuldungsgeflecht ist viel grösser, viel bedrohlicher, viel gefährlicher als 1929, dem Jahr des grossen Bankenkrauchs, als ein Zusammenbruch in New York ein vom Schnee balleffekt einen grossen Teil der Weltwirtschaft in die Krise riss. Wenn dieses Kartenhaus zusammenbricht, begräbt es unter seinen Trümmern leider nicht nur ein paar Finanzmagnaten, sondern auch unsere Arbeitsplätze, unsere Wirtschaft, unsere Existenz.

Selbst konservative Grossbankiers sind heute angesichts des immensen Verschuldungsnetzes verunsichert. So klagte der abtretende SKA-Präsident F.W. Schulthess in seiner letzten Generalversammlungssrede schon fast prophetisch: «Der Zwang der Völker... Schulden zu machen, lässt über der Weltwirtschaft ein Netz, zwischenstaatlichen Verbindlichkeiten entstehen, das in beängstigenden Facetten ähnlichen Charakter aufweist

Mai 1975 die oberste Kreditanstalt-Leitung, eine achtköpfige Regierungsdelegation aus Honduras auch nur zu empfangen.

Die Banken durchkreuzen unsere Neutralitätspolitik

Die Rangliste jener Länder der dritten Welt, die von den schweizerischen Grossbanken am meisten Kredite erhalten, entspricht ziemlich genau der berühmlichen Länderliste von Amnesty International, wo Menschenrechte zum Schutz der Privilegien der Reichen am meisten getreten werden: Brasilien nach



Grafik: Klaus Staech

dem Militärputsch, Chile nach dem Putsch und jüngst Argentinien; aber auch Südkorea, Singapur und Indonesien stehen zuoberst auf der Begünstigtenliste.

Der argentinische Wirtschaftsminister Martinez de Hoz, der letzten Sommer nach der Machtübernahme des Militärs eine Tournee zu allen Finanzplätzen der Welt unternahm, startete seine Reise in Zürich, wo er mit einem 40-Mio.-Dollar-Kredit der Schweizer Grossbanken sozusagen das Empfehlungsschreiben und positive Signal für alle anderen Finanzplätze seiner Reise erhielt. Seine Gegenleistung für die Kredite: Massnahmen auf dem Buckel der argentinischen Arbeiterschaft, Entlassung von 100 000 Staatsangestellten und Kaufkraftverluste (durch Preistreibungen mit Lohnkontrolle) um zwei Drittel; dafür aber neue Freiheiten für ausländische Konzerne und Entschädigungen für die schweizerischen Elektrizitätsinteressen.

Banken sabotieren Regierungen

Wenn in einem Land eine Regierung soziale Reformen, Umverteilung von Macht oder Abbau von Privilegien vorsteht, reagiert die dortige Oberschicht mit massiven Kapitalabzügen. Das gefährdet oder sabotiert die Regierungspläne, weil unvorhergesehene Zahlungsbilanzschwierigkeiten auftreten.

Beispiel: Italien: Man sagt, dass unerhörte Milliardenmassen Fluchtgelder aus diesem Land durch die Schweiz geschleust worden sind. Die Schweizerische Handelszeitung nannte den Betrag von 150 Milliarden Franken Fluchtgeld (wobei wahrscheinlich viele Doppelzahlungen begriffen sind). Gleichzeitig musste die italienische Regierung im Ausland und beim Internationalen Währungsfonds Milliardenkredite aufnehmen, unter einschränkenden Gegenleistungen auf dem Buckel der Arbeitnehmern: Einschränkung der staatlichen Sozialleistungen, Lohnkontrolle und Austeritätspolitik. Abbau des öffentlichen Sektors. Die italienischen Gewerkschaften protestierten heftig, aber die Bedingungen des Auslands blieben stärker und setzten sich durch.

Die Banken begünstigen die Steuerhinterziehung

Auf Schweizer Banken liegen rund 60-70 Milliarden Franken unversteuerte und undeclared Vermögen. Diese Grössenordnung kann man aus den Verrechnungssteuereinnahmen des Bundes leicht ausrechnen. Damit sind weitere Milliarden hier deponierter Auslandsvermögen nicht inbegriffen (z.B. alle zinsfreien und undeclareden Depositen, auch Treuhänder etc.). Weil diese Vermögen in den Herkunftsländern nicht versteuert werden, entgehen diesen Regierungen Milliarden Summen an Steuereinnahmen allein durch den Finanzplatz Schweiz (natürlich auch durch Luxemburg, die Bahamas, und eine kleine Zahl anderer 'freihändlerischer' Finanzplätze - aber es gibt

deren nicht mehr viele). Nicht nur die Entwicklungsländer werden dadurch betroffen, sondern auch freundschaftliche Regierungen in Europa werden geschädigt - dies in einer Zeit, da alle Regierungen in Geldnöten sind.

Die Banken gefährden unsere Wirtschaft

Beispiel: Der hohe Wechselkurs des Francs gegenüber andern Währungen ist mitverursacht durch den Kapitalstrom auf Schweizer Bankkonten. Sicher gibt es mehrere Gründe für den teuren Franc, aber der ständige Nachfragedruck nach Schweizer Franken ist der wichtigste: Je mehr Dollar- oder Pfund-Beträge als Anlagegeld auf Schweizer Bankkonten drängen, desto grösser ist die Nachfrage nach Franken und desto teurer wird dieser.

Dieser hohe Francenkurs verteuert unsere Exportwaren im Ausland und zwingt die Schweizer Unternehmen, auszuwandern und ihre Produktion in Länder mit tiefen Löhnen zu verlegen. Sie entziehen unserem Land Arbeits-

plätze. Der Werkplatz Schweiz wird dem Finanzplatz Schweiz geopfert - langsam, aber bisher unaufhaltsam!

Oder eine andere Gefahr: Die kurzfristigen Guthaben der Schweizer Banken im Ausland. Wenn durch einen plötzlichen Schock die Grossbanken einen Teil der Eurogelder zurückziehen

das konzept Tip

In dieser Spalte stellt die Redaktion lesenswerte Publikationen ausserhalb der kommerziellen Produktion vor.

Diggelmanns «Thomy»

(dmb) Mit einem Vorwort der Arbeitsgemeinschaft Demokratisches Manifest und einem Dokumentenanhang ist *Walter Matthias Diggelmanns Roman 'Ich heisse Thomy'* soeben neu erschienen. Die Erlenbacher Sekundarlehrerin Maja Klemm hatte das Buch mit ihren Schülern gelesen und diskutiert. Die Erlenbacher Freisinnigen, deren Sinn so frei nicht ist, nahmen diese Lektüre zum Vorwand, die politisch missliebige Lehrerin zum Abschluss freizugeben. Die wichtigsten Dokumente dieser bürgerlichen Hatz auf eine fachlich ausgewiesene Lehrerin sind im Anhang wiedergegeben. Das Buch kostet 7.60 Fr. und kann im Buchhandel oder direkt beim Rotpunkt-Verlag, Postfach 397, 8026 Zürich, bezogen werden.

Disteli: Maler und bürgerlicher Revolutionär

«... und fluchend steht das Volk vor seinen Bildern»: Diese letzte Zeile des Gottfried-Keller-Gedichts «Auf Maler Distelis Tod» ist der Titel der Ausstellung, die gegenwärtig für noch gut einen Monat im Kunstmuseum Olten, später auch in Basel und Bern gezeigt wird. Es geht in ihr um das Leben und die Kunst des 18. Mai 1802 in Olten geborenen und nach seinem Tod 1844 bei der Überführung seiner Leiche von Solothurn nach Olten von den Konservativen geschmäht. Erst machte er patriotische Zeichnungen zur Schweizer Geschichte, dann wandte er sich mit scharfen Karikaturen und symbolischen Tierfabelzeichnungen zum politischen Geschehen an die Zeitgenossen. Er war ein bürgerlicher Revolutionär in seinem Leben und in seinen Werken. Die lohnende Schau und der eindringliche Ausstellungskatalog sind gestaltet von Irma Nosedá, Bernhard Wiebel (Autoren der von Landis & Gyr abgelehnten und dann alternativ realisierten Segantini-Ausstellung) und Lucien Leites.

Schweiz - Paradies nach dem Sündenfall

Dies ist der Titel einer Reportagensammlung von Jean Villain (Bilder Jürg Hassler) über die Schweiz, wie sie sich dem kritischen Auge darbietet. Der

- wenn's auch nur 10 oder 20 Prozent sind - dann gibt es dagegen keine staatliche Dämme, keine gesetzlichen Massnahmen, keine Eingriffsmöglichkeiten, um diese Milliarden Repatriierungsgelder abzuwehren und einen neuen Inflationstoss zu verhindern.

Es stimmt zwar, dass der Finanzplatz Schweiz einigen Landsleuten und vielleicht auch den 70 000 Bankangestellten ein gutes Leben ermöglicht. Aber das Risiko, das auf uns durch diesen Finanzplatz lastet, wird langsam unerträglich. Deshalb muss jetzt das Volk zum Rechten sehen.

Was nun - was tun?

Mit einem «window dressing» und einer «Augenwischerei, wie sie mit der «Vereinbarung» zwischen Nationalbank und Grossbanken nun vordemonstriert werden, ist es nicht getan. Die Liste der notwendigen Eingriffe geht weiter. Aber sie bringt uns in ein politisches Dilemma. Wäre sehr viel gewonnen, wenn die Banken verstaatlicht würden, wenn dieser Staat zu allem auch noch einige Honoratioren in die Verwaltungsräte der Grossbanken entsenden würde, die beim nächsten Skandal zu den besten Verteidigern der Bank würden?

Es gibt eine ganze Stufenleiter möglicher und notwendiger Eingriffe. Eine erste Stufe ist die Transparenz: Gesetzlich vorgeschriebene Deklarationspflicht der grenzüberschreitenden Kapitalströme, der Verflechtungen und aller Bankbeteiligungen. Dies wäre ein Minimum.

Eine zweite Stufe betrifft die steuerrechtliche Erfassung der Vermögenswerte: Aufhebung des Bankgeheimnisses gegenüber dem Fiskus, Bekantmachung der Kontoinhaber aufgrund von Rechtmäßigkeiten ausländischer Regierungen und Gerichte. Dabei ist die Aufhebung der Nummernkonten nur eine notwendige aber allein nicht hinreichende Zusatzbedingung für das Funktionieren der Rechtshilfe. Die ethische und politische Gretchenfrage in diesem Massnahmenkomplex lautet: Soll man das Bankgeheimnis nur für ausländische Kontoinhaber lockern (und damit diese Frage innenpolitisch und psychologisch tragbar gestalten) oder sollen alle, auch inländische Kontoinhaber, einbezogen werden (womit zwar viele Umgebungsprobleme über inländische Strömungen ausgeschlossen, aber auch viele Sparpatzenbesitzer kopfschue gemacht werden)?

Eine dritte Stufe der Intervention betrifft die Kapitallenkungsfunction der Banken. Langfristig werden wir nicht darum kommen, die Entscheidung über die Kapitalzuteilung an Firmen und Branchen, also letztlich über die Frage, wer überleben soll oder nicht, von den privaten Machtkolossen an den Staat zu übertragen, dessen Organe zwar auch nicht vor Fehlern gefeit sind, aber dessen Entscheidung doch halbwegs demokratisch angefochten oder problematisiert werden kann.

Rudolf H. Strahm

Grundstock zur jetzt neu erscheinenden 3. Auflage wurde bis 1969 gelegt, die Reportagen haben jedoch nichts an Aktualität eingebüsst (mitunter wurden Daten, welche damals noch nicht greifbar waren, ergänzt). Villain beschreibt die Schweiz von verschiedensten Seiten her; sei es, dass er das Leben der Uhrarenbeiter(innen) beschreibt, sei es, dass er die rauhe Behandlung von fortschrittlichen Lehrern exemplarisch an einem Fall aufzeigt; seine Ausführungen ruhen immer auf eingehenden Recherchen. (Ehrlich im Buchhandel, Verlag Edition Leipzig)

Gesucht: Engagement im Strafvollzug - Innerschweizer vor

Eine gute Gelegenheit für Leute, die sich eigentlich schon lange für den Strafvollzug und seine Probleme in der Schweiz interessieren und engagieren wollten, aber keine Gelegenheit sahen, bietet die Gruppe Gefangenenkontakt Luzern: Sie sucht Interessierte aus dem Innerschweizer Raum, die bereit sind, von ca. Ende August bis Dezember an einem Einführungslehrgang teilzunehmen und dann evtl. auch praktisch in die Arbeit mit Gefangenen vom Wauwilermoos (LU) einzustiegen.

Adresse: Gruppe Gefangenenkontakt Luzern, Claudio Harder, Lindengartenweg 7, 6005 Luzern.



Leserbriefe sind mit Schreibmaschine geschrieben zu richten an: «Redaktion «das konzept», Rämistrasse 66, 8001 Zürich». Kurze Zuschriften freuen uns besonders.

Schützenhilfe für faulen Kompromiss

Unterschriftenbogen für die SGB-Initiative «das konzept» Nr. 1/77

Geschätzte Kolleg(innen) Mit Erstaunen habe ich zur Kenntnis genommen, dass «das konzept» in der Mai-Nummer kommentarlos einen Unterschriftenbogen für die Initiative für die stufenweise Verkürzung der Arbeitszeit des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes (SGB) abdruckt und diese Initiative offensichtlich unterstützt. Ob es sich dabei um ein bezahltes Inserat oder bloss um eine Gefälligkeit gegenüber dem SGB handelt, tut hier nichts zur Sache. Klar aber ist, dass damit «das konzept» den fortschrittlichen Kräften der schweizerischen Arbeiterbewegung einen schlechten Dienst erwiesen hat. Die SGB-Bürokraten erhalten unverhofft Schützenhilfe von links zu einem Zeitpunkt, wo die Genfer Typographen für die sofortige Einführung der 40-Stunden-Woche drei Tage lang streikten. Das Zentralkomitee des Schweizerischen Typographenbundes sah sich sogar veranlasst, den bei den kürzlichen Vertragsverhandlungen ausgehandelten Kompromiss (Einführung der 40-Stunden-Woche stufenweise bis 1. 6. 1979) vorsichtshalber in einer Urabstimmung der Mitgliedschaft zu unterbreiten (in einer früheren Abstimmung hatten 90% für Kampfmassnahmen gestimmt).

Man sieht also: Selbst der etwas bessere Kompromiss der STB-Bürokraten wird bei den Mitgliedern nicht unbedingt Gnade finden. Ein grosser Teil der Typographen hat genug von Kompromissen; bei Betriebseschliessungen und Entlassungen machen die Unternehmer auch keine Kompromisse - es sei denn faule.

«das konzept» hätte mehr für die 40-Stunden-Woche tun können, wenn es statt des Unterschriftenbogens für die Initiative, die die 40-Stunden-Woche auf den St.-Nimmerleinstag vertagt, einen Bericht über die streikenden Genfer Typographen veröffentlicht hätte. Ziele wie die 40-Stunden-Woche können sowieso nicht mit einer Initiative à la POCH oder à la SGB eingeführt werden. Die 40-Stunden-Woche werden wir genau dann haben, wenn die Arbeiter bereit sind, sie sich zu erkämpfen - und dazu sind sie nicht auf die Papierträger an der SGB-PKZ angewiesen.

Rudolf Amrein, Typograph * Bei dem im Leserbrief erwähnten Unterschriftenbogen handelt es sich um ein bezahltes Inserat. Die Redaktion

Ihre DISSERTATION schreibt und druckt zu vernünftigen Preisen



Ruedi Gysin AG - Haus der Reprografie Im esernen Zeit 31, 8057 Zürich, Telefon 01/60 16 66 Frauke 8050 Zürich-Gesleren Hugobstrasse 2, Ecke Schwamendingenstrasse, Telefon 01/46 22 33

Sie suchen in Zürich möbl. Zimmer oder möbl. Wohnung? Rufen Sie uns an, wir können Ihnen bestimmt verschiedene interessanten Angebote unterbreiten. Keine Gebühren!

devo Verwaltungs AG, 8039 Zürich Tödistr. 48, Tel. 202 73 11



Zur Geiselnahme der Südmolukker in Holland

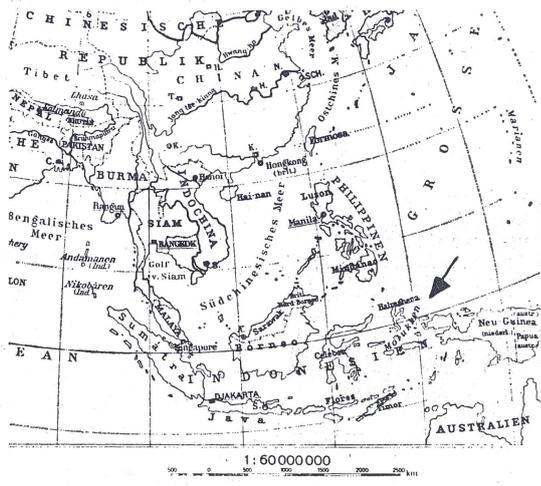
Menschen ohne Heimat

Der jüngste Terrorakt in der niederländischen Provinz Drenthe hat weit über Holland hinaus Entsetzen und Abscheu hervorgerufen. Es ist selbstverständlich, dass jede auf Recht und Humanität basierende Gesellschaft Wahnsinnstaten wie diejenigen der Südmolukker aufs schärfste verurteilt. Unter keinen Umständen ist es zu akzeptieren, dass Forderungen mit solchen Mitteln durchgesetzt werden. Andererseits sollte man sich aber auch nicht an der Oberfläche der Sensationsmeldungen allein in Empörung, Ablehnung oder gar Hass ergehen.

Die heutigen Terrorhandlungen haben einen Hintergrund, der zu tieferem Nachdenken zwingt. Was sind das überhaupt für Menschen, diese Südmolukker? Ihre eigentliche Heimat ist die Insel Ambon, in der Banda-See zwischen Neu-Guinea im Osten und Sulawesi (früher Celebes) im Westen gelegen. Sie ist ein Glied des Malaisischen Archipels und Teil des indonesischen Reichs der 13 766 Inseln. Trotz dieser geographischen Lage ist die Zugehörigkeit Ambons zum Staat Indonesien gar nicht unbestritten. Zur Zeit der holländischen Kolonialherrschaft waren die Ambonesen treue Untertanen der niederländischen Krone. Als sich dann Freiheitsbewegungen in Indonesien zu Unruhen und Kämpfen Ambon auf der Seite des Kolonialherrn gegen die Indonesier, in deren Staat es nicht eingegliedert werden wollte. Genau das aber geschah, als am 27. Dezember 1949 die Niederländer die Souveränität über das grosse Inselreich bedingungslos und unwiderruflich an den jungen indonesischen Staat übergaben. Daran änderte auch die am 25. April 1950 im holländischen Exil gegründete Republik Moluka Selatan nichts.

Busse, Bahnwagen, Ein- und Ausgänge usw. wie in Südafrika. Sie bekommen aber doch tagtäglich auch im liberalen Europa ein Stück Apartheid zu spüren. Sie sind Aussenseiter der Gesellschaft, praktisch ohne Chance, sich in ihr einen Platz und eine Zukunft zu erarbeiten. «Ihre Mentalität ist mit der unsrigen unvereinbar», argumentierte ein Holländer. Er und mit ihm ein grosser Prozentsatz seiner Landsleute kapitulieren mit dieser Feststellung vor jedem Versuch, einen Ausweg und eine Lösung zu finden. Sie kapitulieren auch vor der Ver-

antwortung gegenüber Angehörigen von Völkern, die den Wohlstand der Weissen mit aufbauen halfen. «Den Kolonialismus haben unsere Grossväter betrieben, uns heute geht er nichts mehr an.» Wen aber gehen sie denn etwas an, diese überall fremden Menschen, die auch in Ambon, Surinam, Afrika oder wo immer sie einmal herkamen, keine Heimat mehr haben? Ein Schüler einer Mittelschule in Rotterdam zuckte die Achseln und meinte: «Solange sie uns keine Arbeitsplätze wegnehmen und sich anständig benehmen, können sie ja bleiben.» Nun haben sich Südmolukker nicht mehr anständig benommen. Also weg mit ihnen. Wohin? «Sie könnten es in Holland ja so gut haben. So viel verdienen sie sonst nirgends.» Ja, der europäische Massstab für ein gutes oder schlechtes Leben ist immer noch der materielle Besitz. Für Menschen, denen es «gutgeht», die aber in ihrer Heimatlosigkeit und Ausgeschlossenheit an der sie umgebenden Gesellschaft verzweifeln, fehlt das Verständnis. Wenn sie dabei zu Terroristen werden, ist das schlimm, und ihre Taten sind nicht zu rechtfertigen. Diejenigen aber, die sie deswegen heute lynchen wollen, tragen mit an der Verantwortung für dieses unbewältigte koloniale Erbe Europas. Eduard Abel



Bis jetzt ist es rechtlich noch nicht klar, ob der Anwalt eines entwichenen Strafgefangenen dazu verpflichtet ist, den Aufenthaltsort seines Mandanten den Behörden bekanntzugeben oder ob er sich auf das Bewaltigungsergebnis berufen kann. Die Zürcher Justizdirektion hat darum einem Zürcher Rechtsanwalt einen Brief geschickt, in dem sie ihm darlegt, dass sie daran interessiert sei, «bei erster Gelegenheit diese offene Frage durch ein entsprechendes Verfahren beantworten zu lassen... Für den Fall, dass Ihnen der

dafür, die soziale und psychische Not, untersucht und bekämpft?

Die amerikanische Fernsehgesellschaft NBC setzte die Hausfrauenserie «Days of Our Lives» nach einer Flut von Drohbrieffen weissler Zuschauer vorzeitig ab. Ursache des Zorns: In der Serie hatten ein weisser Amerikaner und eine farbige Amerikanerin «Verlobte» zu spielen. Den Darstellern war schon im Drehbuch das Küssen streng verboten worden, um den Rassisten entgegenzukommen. «Ich hoffe, Ihr lasst es nicht zu, dass dieses Niggermädchen den weissen Jungen heiratet», empörte sich ein Zuschauer. Andere Briefschreiber beschimpften die Produzenten der Serie als «gottverdammte Mitläufer der Kommunisten».

Zur Waffe greifen auch Polizisten immer schneller. Es heisst, der Polizistenberuf sei einer der gefährlichsten. Dem ist nicht so, wie die Studie der beiden Berliner Soziologen Albrecht Funk und Falco Werkenin zeigt: Auf 100 000 Vollbeschäftigte kamen in der BRD 1974 in der Seefahrt 157 ums Leben, im Bergbau 103 und im Tiefbau 47, hingegen nur 17,8 Polizisten - ganz er sich seit längerer Zeit immer wieder für die Verbesserung der Haftbedingungen im Kanton Zürich eingesetzt hat.

In den USA sitzen zurzeit 15 Kinder und Jugendliche in der «Todeszelle» und warten auf ihre Hinrichtung. Sie haben wegen begangener Verbrechen den Tod entweder durch Erhängen, Erschiessen, den elektrischen Stuhl oder die Gaskammer «verdient». Was aber hat die Gesellschaft verdient, welche eine kranke und soziale Jugend mit derartigen Mitteln beseitigen will und nicht die Ursachen

Die ehemalige Kolonialmacht vermochte die Forderungen nach einem unabhängigen indonesischen Staat im selbständigen Indonesien nicht mehr zu unterstützen. Ein solches Ausscheren Ambons ist für die indonesische Politik auch völlig undenkbar. Dieses grosse südostasiatische Land ist alles andere als eine Einheit. Seine 120 Millionen Einwohner setzen sich aus einer Vielzahl sehr unterschiedlicher Stämme zusammen, die in Sprache, Kultur, Religion und Mentalität voneinander getrennt sind. Dazu kommt die geographische Aufspaltung in 6044 bewohnte Inseln, die ihrerseits nach einem Klima, Vegetation und Klima ausserordentlich verschieden sind. Ein so heterogenes Gebilde als eine Nation zusammenzuhalten ist keine leichte Aufgabe. Die Einheit des Staates ist denn auch bis heute ein zentrales Anliegen indonesischer Politik geblieben und die geringste Andeutung von Sezessionsgedanken ausserordentlich empfindlich reagiert. Ein Eingehen auf die Unabhängigkeitsforderungen der Südmolukker müsste für Präsident Suharto und seine Regierung nationalen Selbstmord bedeuten.

Ursachen liegen tiefer

Die Aktionen der Südmolukker in Holland, haben also nicht die geringste Chance, dieses Volk dem Ziel seiner Wünsche auch nur einen Schritt näher zu bringen. Es sind von daher reine Wahnsinnstaten, gegen die nicht auf einer machtloser Verzweiflung heraus. Der Grund aber wurde in einer viel grösseren Wahnsinnstat gelegt: der kolonialen Manipulation ganzer Millionenvölker. Man ist geneigt, meistens nur die wirtschaftlichen Aspekte des Kolonialismus zu betrachten und gegen die heutige Situation der jungen Staaten abzuwägen. Zu oft vergisst man aber, wie willkürlich dabei mit Volksstämmen Schach gespielt wurde, wie man sie ohne Rücksicht auf alte traditionelle Bindungen auf der Landkarte hin und her geschoben hat. Dabei sind Angehörige konstruiert worden, die den Keim endloser Konflikte in sich tragen müssen und den Aufbau eigenständiger und prosperierender Nationen erschweren, wenn nicht gar verunmöglichen. Menschen wurden jahrhundertlang über Kontinente hinweg verschoben. Gerade das Völkermisch im heutigen Holland ist ein typisches Beispiel dafür. Neben Indonesien besaßen die Niederlande auch im Norden Südamerikas Kolonien, zum Beispiel Surinam. Bei der Besitzergreifung wurden die Indianer in den Urwald vertrieben, und als billige Arbeitskräfte holte man Sklaven aus Westafrika. Als sich diese später erhoben, frei wurden und nicht mehr rentierten, konnte man das Menschenreservoir Asien anzapfen. Es kamen Indonesier, Chinesen und Indier. Dann liess sich vor zwei Jahren auch für Surinam die Unabhängigkeit nicht mehr vermeiden. Was hat aber ein solcher Vielvölkerstaat mit lauter entwurzelten Menschen für eine Zukunft? Vielen war bange davor, und sie nutzten noch ihre niederländische Staatsbürgerschaft und zogen nach Holland. Auch ein Fünftel der 26 000 Südmolukker sind holländische Bürger.

Verschiedene Mentalitäten?

Diese Tausende von gelben, schwarzen, braunen und gemischtrassigen Besitzer eines holländischen Passes sind aber Menschen ohne Heimat. Das Schicksal der Kolonialmächte hat sie herumgeschoben, und jetzt sind sie wegen Nichtgebrauchs beiseite gestellt. Die Rezession machte Fremdarbeiter weitgehend überflüssig, und die Priorität in der Stellenbesetzung haben die Weissen. Die Angehörigen fremder Rassen haben zwar in Holland keine eigenen



Aufenthaltort von M. S. bekannt sein oder bekannt werden sollte, fordern wir Sie daher ausdrücklich auf, diese Information unverzüglich an die Justizdirektion, die Direktion der Strafanstalt oder irgendeine Polizeistelle weiterzugeben. Falls er dieser Aufforderung nicht nachkommt, werde eine strafrechtliche Untersuchung gegen ihn eingeleitet. Es ist wohl kein Zufall, dass die Justizdirektion damit einem Anwalt droht, der ihr sehr unangenehm ist, weil er sich seit längerer Zeit immer wieder für die Verbesserung der Haftbedingungen im Kanton Zürich eingesetzt hat.

In den USA sitzen zurzeit 15 Kinder und Jugendliche in der «Todeszelle» und warten auf ihre Hinrichtung. Sie haben wegen begangener Verbrechen den Tod entweder durch Erhängen, Erschiessen, den elektrischen Stuhl oder die Gaskammer «verdient». Was aber hat die Gesellschaft verdient, welche eine kranke und soziale Jugend mit derartigen Mitteln beseitigen will und nicht die Ursachen

Die andern haben ihre Geldgeber. Unsere Stärke sind Abonnenten.

«das Konzept», Jahresabonnement 16 Fr., Ausland 20 Fr. Für Schüler und Lehrlinge unter 20 Jahren 30% Rabatt (Ausweiskopie belegen). Aus technischen Gründen laufen die Abos stets bis Ende Jahr. Ich bestelle ein Abonnement «das Konzept» (Zutreffendes ankreuzen)

Name, Vorname:
Adresse:
PLZ, Ort:
Beruf: Datum:

Talon einenden an: «das Konzept», Rämistr. 66, 8001 Zürich
Ich kam in Besitz dieser Nummer von «das Konzept» über einen Bekannten*als Publikumsnummer*/am Kiosk*/auf ein Inserat in nachstehend genannter Zeitung hin*. Die Nummer war aufgelegt oder wurde verteilt an folgendem Ort* (Zutreffendes unterstreichen):
Schicken Sie bitte eine Gratisprobenummer an folgende(n) Bekannte(n): dk 77/6

JUNI FÄSCHT
Samstag, 25. Juni 1977
Ein Fest für alle
organisiert von den Zürcher Studenten.
Wo? Im Quartier Kunstlergasse - Zürcher Uni
Wann? Von 15 bis 18 Uhr für Kinder, gratis, mit Spielen, Musik und Theater. Von 19 Uhr bis 2 Uhr morgens für alle zum Eintrittspreis von 7 Franken. (Mit AHV-Ausweis gratis. (Bei schlechtem Wetter in der Uni).
Was? Folklore, Samba, Hackbrettmusik, Swing und Main-Stream, Rock und Jazz. Mit Musikern aus dem Elsass, der Karibik, aus Trinidad, vom Appenzell, aus Luzern und sogar von Zürich. Volkstanz, Schattenspiele, Theater, Zauberer und Clowns. Spielstände und Guggenmusik VpS. Filme, Chansons, Flamenco. Überall Festwirtschaft. Und «Festtand vom Rosehof».
Warum? Damit wir nicht nur voneinander, sondern einmal miteinander reden.
Kulturstelle der Studentenschaft der Universität Zürich
TagesAnzeiger

JUNI FÄSCHT PROGRAMM

Samstag, 25. Juni 1977

Ein Fest für alle

organisiert von den Zürcher Studenten

Kinderprogramm von 15 bis 18 Uhr

beim Schulhaus Hirschengraben (Platz G) oder auf Platz A

Eintritt frei

Nur bei schönem Wetter

Auskunft Telefon 180

Heinz Gubler und Rhythmikerher Animation mit Musikinstrumenten

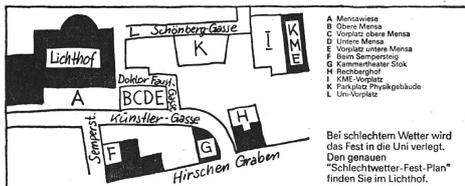
Puppen- und Kasperltheater Theater Spatz und Co. «Spielverderber»

Spiel: im und um ein altes Postauto, Pro Juvenute

Video-Filmsperimente mit der Video-Vereinigung und dem Studententheater

Ballonfliegen

«Festwitschi» für Kinder



Abendprogramm von 19 bis 02 Uhr

Öffnung der Abendkassen: 18.30 Uhr

Kern Vorverkauf

Eintrittspreis: Fr. 7.-

Mit AHV-Ausweis gratis

A Menswiese
beim Uni-Eingang Künstlergasse
19.30 bis 20.30: Tobermit Ländler aus dem Appenzellerland, Hackbrettmusik
20.30 bis 22.30: Roger Siffer Schunkel bis Rock-Folklore aus dem Elsass
22.30 bis 23.30: Tobermit
23.30 bis 02.00: Amigos Latinos Heisse Rhythmen aus der Karibik und aus Südamerika - Salsa, Rumba, Samba usw.

B Obere Mensa
Diskothek: Tanz, Tanz und nochmals Tanz

C Vorplatz obere Mensa
Festwitschi Frauenverein

D Untere Mensa
Festwitschi Frauenverein, ein schöner Platz zum Sichausruhen

E Vorplatz untere Mensa
20.00 bis 21.00: Aktionsbeater - ein Theater von und mit Studenten
21.00 bis 23.00: Theater «Der Italiener oder der Beichtstuhl der schwarzen Büssermönche», Verwickelungstück, gespielt von Jürgen Leuten
Musik: Adriano, Bühnenbild: Esther Stamm, Leitung: Jürgen Hahn, Unterstützt vom Jugendhaus Drahtschmidli

F Beim Sempersteig
Festwitschi Schulhaus Hirschengraben
19.00 bis 20.00: Black Cat Bone Blues Band, Finalist des Schweiz. Amateurr-Jazz-Festivals im Kaiserstugst. Eine der besten Amateurr-Blues-Bands der Schweiz

G Kammertheater Stok
19.00 bis 22.15: Jazz-Keller, K.T. Geier Quartett und Solisten

H Rechberghof
19.00 bis 20.00: Gesang und Gitarre, von und mit Chris Huggler, Bruno Brandenberger und Tom Diethelm
20.00 bis 20.30: Martin Suster Chansons, aus dem Leben gegriffen
20.30 bis 21.00: Anton Brühn Darbietung mit Hörnern, Maultrommel und anderen selbstgebastelten Instrumenten
21.00 bis 22.00: George Tempest Englische Folk, Trirk- und Sempersteig
22.00 bis 22.30: Zauberer
22.30 bis 23.30: Maria und Jerzy Huzar Lieder nach ungarischen Gedichten
23.30 bis 00.30: Afrikanische Tänze
00.30 bis 01.00: Duo Trinitigasse (Roland Müller & Co.)

I KME-Vorplatz
20.00 bis 21.00: «Puppentheater»
21.00 bis 22.30: Film: aus Opas Kintoppkiste
22.30 bis 23.30: Schattenspiel mit Rahel Samedani und Ueli Holz
ab 23.30: Film: Totem, italienischer Trickfilm, Dr. Mabuse, der Spieler, Live-Klavierbegleitung durch Jacqueline Ghisler
Colonia Libera Italiana (CLJ), Spanierkel und Polonia

K Parkplatz Physikegebäude
19.00 bis 20.00: Volkstanz
20.15 bis 21.15: Kraftmeiers Erben, Jazz-Rock-Tanz, Kraftvolle Musik mit Temperament
21.30 bis 22.00: Mario Kitt, Jazz-Tanz-Show mit 6 bis 8 Tänzerinnen
ab 22.15: Organisation Musikstudenten Zürich (OMZ), Reichhaltiges Musikprogramm
und nochmals: Kraftmeiers Erben

L Uni-Vorplatz
SSR-Bez

Künstlergasse/Sempersteig
Animation: Video-Vereinigung, Workshop mit Video-Geräten
Karikaturisten, mit Max Gräter u.a.
Zauberer: Giove
Guggenmusik des Vereins pro Studentenschaft (VPS)
Cot Gruppe (Mark Kubli), Spiel «Kopf-durch-die-Wand» des Konzept-Informationstheater «Wie macht man eine Zeitung und anderes mehr»

Bei uns erhalten Sie erotische **Filme und Magazine** (auch homophile) besonders günstig. Schreiben Sie mit Altersangabe an den Plaisir-Versand, Postfach 1131, D-7886 Murg.

Semesterarbeiten Dissertationen
tippe ich rasch, zuverlässig und preisgünstig.
R. Hager, Waldstrasse 14
8046 Zürich
Tel. (01) 57 66 50

COPY-CORNER

FOTOKOPIEN UND DRUCKSERVICE

Seilergraben 41, 8001 Zürich
Tel. 01/32 49 34, PC 80-27780

FOTOKOPIEN AUF NORMALPAPIER (xerographisches Verfahren)

20 Rappen/Stck.
15 Rappen/Stck.

mit LEGI

	1seitig	2seitig
30 Ex.	4.50	9.—
50 Ex.	5.50	10.50
100 Ex.	7.50	14.50
200 Ex.	15.—	28.—
300 Ex.	21.—	38.—
350 Ex.	23.—	42.—
400 Ex.	25.50	44.50
500 Ex.	28.—	52.—
1000 Ex.	40.—	73.—

OFFNUNGSZEITEN MO-FR 08.30-18.30
SA 10.00-13.00

lbico-Spiralbindung pro Buch 2.50-4.50

SUNRISE APRIL

Das 1. Festival der alternativen Musikszene Deutschland/Schweiz
Der beste Jazz-Rock aus der BRD:

EMBRYO
mit Charlie Mariano
MISSUS BEASTLY
MOIRA MUNJU
aus der Schweiz
KEDAMA
PLAFF PUDDING
TABBIS NUKKERLI

Sonntag, 19. Juni
Volkshaus Zürich
14⁰⁰-23⁰⁰ Uhr, Eintritt Fr. 16.-

bestes Vorverkaufsstellen
Zürich: Jeroch, Jochim, Musik Markt, Bro-Record
Winterthur: Pickup, St. Gallen: Bro-Record, Basel: Discobac
Basel: Jochim, Frauenfeld: Plattensatz Zug, Garmisch-Partenkirchen: Sound Circus Schaffhausen, Musik Center Großer

Musik im Vertrieb der Musiker

«das Konzept» - ein Blatt, das kein Blatt vor den Mund nimmt. Und auch kein Brett vor dem Kopf hat!

Wir entdecken vom 23. 7. bis 13. 8. 1977

SCHOTTLAND

verlange ein Programm!
Jugendhaus Drahtschmidli,
Wasserwerkstr. 16, 8006 Zürich

DISSERTATIONEN

druckt exzellent	von DIN A4-Vorlage auf DIN A5-Format	70 100 150 200 300	DM pro Seite 3.30 3.45 3.65 3.85 4.25
------------------	--------------------------------------	--------------------------------	---

BÖNECKE
Lieferung erfolgt jeden Dienstag und Freitag.
3392 Clausthal-Zellerfeld
Fach 29 Ruf 05323/3525

Frachtverbilligung
Raster billigst!

Angebot anfordern

USA, Wisc.

Familienaufenthalte für Töchter

von 18 bis 24 Jahren vermittelt
International Summer Camp,
5401 Baden, Tel. 056/22 32 60

Bringen Sie Ihre wissenschaftlichen Arbeiten dem erfahrenen Spezialisten:
Juris Druck + Verlag AG, Basteiplatz 5, 8001 Zürich
Telefon 01/27 77 27

UNIVERSITAS

Zeitschrift für Wissenschaft, Kunst und Literatur

Herausgeber: Prof. H. W. Bähr
Inhalt Heft 5/1977

Prof. Dr. Ewald Pестel, Hannover: Die gegenwärtigen Entwicklungen und ihre Zusammenhänge in der heutigen Gesellschaft

Prof. Dr. René König, Köln: Die Massenmedien Film und Fernsehen und die soziale Spontaneität

Dr. Avo B. Harnik, Zürich: Die heutige Erforschung der Erdbeben, ihrer Ursachen und Auswirkungen

Prof. Dr. Niklas Luhmann, Bielefeld: Ansätze zur Analyse von Macht

Prof. Dr. H.-J. Haase, Klagenfurt: Die Psychopharmaka und die Schmerzberkämpfung - Aspekte der Medizin

Dr. Wieland Schmid, Hamburg: Hundertwasser und seine Malerei

Prof. Dr. Emil-Marie Classen, Paris: Konjunkturschwankungen und Inflation in der Gegenwart

Dr. T. C. Medici, Zürich: Die Belastung der Lungen und des Atmens in der heutigen Umwelt

Prof. Dr. Friedrich Fürstberg, Linz: Die Armut und ihre Bekämpfung als gesellschaftliches und politisches Problem

Dr. August Ponschab, Pading: Die Ausweitung der Erkenntnisse über den Mikrokosmos und die Weltsicht

Prof. Dr. O. Wilmanns, Freiburg: Die Bedrohung der Natur und die wissenschaftlichen Aufgaben ihres Schutzes

Monatlich ein Heft. Im Abonnement je DM 5.-, für Studenten und Schüler je DM 4.-, einzeln DM 6.-.

Auf Wunsch senden wir kostenloses Probeheft.

WISSENSCHAFTLICHE VERLAGSGESSELLSCHAFT MBH
POSTF. 40, BIRKENWALDSTR. 4, D-7000 STUTTGART 1

STUDENTEN SCHREIB-SERVICE

DISSERTATIONEN/LIZENTIATS- UND SEMESTERARBEITEN

- Reinschriften vorschriftsgemäss und druckfertig ab Manuskript
- Reinschriften auf IBM-Kugelkopf-Maschinen mit Film- und Korrekturband, 20 verschiedene Schriften inkl. Zeichen und Symbole
- Dissertationsdruck im Offsetverfahren inkl. Binden und IBICO-Bindungen
- Photokopieren mit dem XEROX-4500-Kopierer (Sortieren und IBICO-Bindungen)
- GÜNSTIGSTE PREISE** (z. B. Drucken und Binden von 200 Exemplaren à 100 Seiten nur 780 Fr.-!)
- KÜRZESTE LIEFERFRISTEN!**
- ERSTKLASSIGE QUALITÄT!**
- INDIVIDUELLE UND UNVERBINDLICHE BERATUNG!**

SONNEGGSTR. 26 • 8006 ZÜRICH • ☎ 01 / 32 00 88

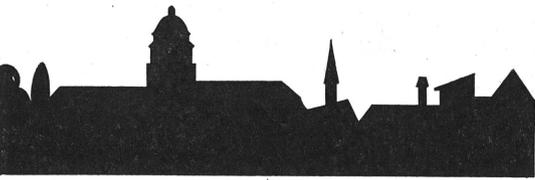
Organikum

Organisch-chemisches Grundpraktikum

15., überarbeitete Auflage
880 Seiten, Leinen, mit 123 Abbildungen und 154 Tafeln,
51.50 Fr. Deutscher Verlag der Wissenschaften, Berlin (DDR)

Vorwort zur 15. Auflage
Die vorliegende Auflage des «Organikum» wurde wiederum in einzelnen Teilen überarbeitet und ergänzt.
An die überarbeiteten Abschnitte über Spektroskopie schliessen sich jetzt Hinweise zum methodischen Vorgehen bei der Strukturklärung mit Hilfe spektroskopischer Methoden an. Das Kapitel «Additionen» erhielt eine neue Gliederung; die Abschnitte «Cycloadditionen» und «Metallkomplexkatalysierte Reaktionen» sind ergänzt bzw. neu aufgenommen. In das Kapitel «Identifizierung organischer Substanzen» wurde ein Ablaufplan eingefügt.
Selbstverständlich haben wir wiederum Vorschriften überprüft und präzisiert, den Text an vielen Stellen gestrafft und die Literaturhinweise auf den neusten Stand gebracht.
Die gute Resonanz, die das Buch im In- und Ausland gefunden hat, äusserte sich auch diesmal in vielen wertvollen Hinweisen von Fachkollegen, die weitgehend bei der Überarbeitung berücksichtigt wurden.

Zu beziehen: durch Ihre Buchhandlung!
Buchhandlung Genossenschaft Literaturvertrieb,
8004 Zürich, Cramerstr. 2/Ecke Zweierstrasse,
Tel. (01) 39 85 12 + 39 86 11.



Semesterarbeiten
Dissertationen
Doktorarbeiten

alles drucken wir zu äusserst günstigen Preisen ab reiferfertigen Vorlagen

Vorlagenherstellung mit IBM-Kugelkopfschreibmaschine oder IBM-Composer

Preise auf Anfrage

Lieferfristen: besonders schnell

rufen Sie an oder kommen Sie vorbei

CopyQuick

Zweierstrasse 129, 8003 Zürich, Tel. 01/353 888 oder Schützengasse 4, Eingang Waisenhausstrasse, Tel. 01/276 636

Notizen von einem langen (Pfingst-)Marsch

Gegen das Atomkraftwerk im Land

«Mir sind einfach wider do, wänn si baue wänn.»

Zürich, Pfingstamstag, zu Hunderten im Extrazug nach Kaiseraugst. Mit einem 3-Tage-Marsch von Atomkraftwerk über A-Baustellen zum Standort einer geplanten A-Müll-Deponie wollen wir gegen die moderne Technologie protestieren. Schon werden die ersten Lieder angestimmt, die den besorgten-fürlichen Marsch begleiten.

Kaiseraugst. Da warten sie schon zu Tausenden aus Basel, Bern und der übrigen Schweiz. Auch Freunde aus dem Ausland sind da. Was uns alle verbindet: der Kampf gegen den atomaren Wahnsinn. - Ganz wohl ist mir bei diesem Bündnis - zu dem durchaus auch politische Gegner gehören - eigentlich nicht. Aber, es geht vordringlich um die Erhaltung von Lebensbedingungen. Und vielleicht verlieren ein paar dieser «fremden» Kampfgenossen auf unserem langen Marsch doch noch endgültig das Vertrauen in diese Wohlstandsgesellschaft. Dann liessen sie sich später auch gegen diese Herrschaftsverhältnisse mobilisieren.

«Schliesst Euch fest zusammen!»

Schwörstadt. Ein paar hundert von uns holen deutsche Freunde ab. An der Grenze werden diese mit Maschinenpistolen empfangen. Brokdorf ist nicht weit. Ihre Namen werden notiert. Bis einer mit dem Innenministerium droht. Danach werden sie, in Köpfen gespeichert.

Wabrig. Da hat ein Bauer die Wiese für unser Zeltlager gemäht. Dort schenkt die Bäuerin kalte Milch aus. Die Dorfmusik spielt beim Fest gegen den A-Müll. Wir werden von der Bevölkerung verpflegt. Dürfen wir auch in ihrem Namen weitermarschieren?

Hier also wollen sie gegen den Willen der Bauern den Atom-Müll deponieren. Man muss es sich peinlich genau vorstellen: All die Behälter mit dem A-Müll müssen in den nächsten Jahrtausenden genau registriert bleiben. Keine Informationen über keinen Behälter dürfen verlorengehen.

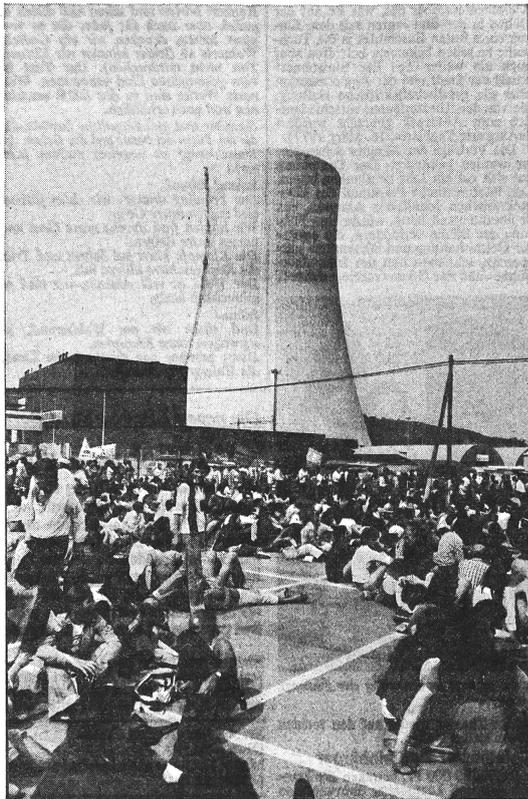
All das scheint die Besitzenden nicht zu interessieren. Die Gewinnrechnungen dieser «Realisten» überschreiten die Jahrhundertweiche nicht.

«Wehrt Euch, leistet Widerstand»

Leibstadt. Ich spüre die Kraft des gemeinsamen Handelns. Zu Tausenden marschieren wir durch die Strassen. Verdrängen den Privatverkehr auf Umleitungen.

Hinter den Zäunen des A-Bauplatzes patrouillieren zwei, drei Polizisten. Die anderen halten sich in den Bänken bereit. Man will nicht provozieren. Wie viele von ihnen stehen gegen ihre eigenen Interessen im Dienste der Herrschenden? - Wir bezahlen auch Steuern. Werhald stellt man uns keine Polizei zur Verfügung? Zum Schutze unseres privaten Eigentums vor den Eingriffen Dritter. Unseres Lebens?

Aarau. «Jesus Peoples» besuchen uns auf dem Zeltplatz. Ich spüre - nicht als einziger - den Wunsch in mir, ihren Gesang zu überhören. Mit einem «Avanti popolo» oder so. Jemand schreit «Toleranz», und ich gebe ihm recht. Und doch bleibt mir nur Mitleid mit diesen «Opium»-Abhängigen. Die mit ihrem Jenseitsblick und emporgestreckten Armen für uns beten. Sorry, aber wir brauchen das Gebet nicht. Für mich Ungläubigen ist dieses Halleluja Menschenelastierung. Statt zu handeln, beten diese «Irenen» zu ihrer «göttlichen» Phantasie und überlassen den Lauf der Dinge «dem da oben». Mir Ungläubigen bleibt dieser Fatalismus erspärlich. Ich habe die Möglichkeit, gegen Missstände zu kämpfen. Am Montagmorgen geht's durch Aarau, dann durch kleine Dörfer gegen Gösigen. Hinter Fenstern und auf Balkonen winken uns Bürgerinnen und



12 000 fordern einen 4jährigen Baustopp für A-Werke

Bürger zu, andere schütteln verständnislos den Kopf. ob des riesigen Demonstrationszugs. «Was wollen die noch, der Turm steht ja schon.» Das ist nicht zu übersehen. Da und dort packt eine ihre

«das konzept» hat die Gefahren von Atom-Anlagen ausführlich behandelt, insbesondere die Probleme der Lagerung und Wiederaufbereitung von Atom-Abfall. Die Berichte bieten gründliche Informationen und sind deshalb auch für Diskussionsgruppen als Grundlage geeignet. Nr. 3/77, einzeln 1.50 Fr., mehrere: Rabatte auf Anfrage.

Siebensachen und kommt mit. Andere trauen sich nicht. Haben - gewiss zu Recht - Angst vor Karteien und um ihre Stelle. Viele haben sich von der Atomlobby und ihrem Singang einschläfern lassen. Sie wollen nicht mit Kerzen ins Bett. Und der Alltag streut den Anwohnern von A-Werken Sand in die Augen. Denn: Sie leben ja immer noch.

Wir kommen wieder

Gösigen. Da fehlt nicht mehr viel bis zur Inbetriebnahme eines neuen A-Werkes. Wir 12 000 fordern einen vierjährigen Baustopp für A-Werke und kündigen die Besetzung der Zufahrtswege in Gösigen an. Das würde sie 800 Millionen kosten, antwortet die Direktion des A-Werkes Gösigen. 800 Millionen. Papiergeld gegen Sicherheit für menschliches Leben in den nächsten

Jahrtausenden. Droben auf dem Kühllurm hocken die Sicherheitskräfte mit Maschinenpistolen. Was müssen wir 12 000 tun, damit scharf geschossen wird? - Wir tun nichts. Wir kommen wieder.

Adliswil. Für den «Blick» gibt der friedliche Marsch wenig her. Dafür erfahre ich Genaueres über Hildegard Knefs Hochzeitstrobe.

Wäre es zu Tränengasinsätzen gekommen, der Pfingstmarsch hätte auch in der grössten Schweizer Tageszeitung Schlagzeilen gemacht. Aber so. Wen wundert's da noch, dass manche zu spektakulärerem Terror greifen? In wessen Auftrag provoziert diese Presse Entführungen und Blutbäder?

2. 6. 77. Heute fahren ich nach Olten zur Gründung des «Schweizerischen Aktionskomitees gegen das Atomkraftwerk Gösigen». Höfentlich viele mit mir: Der lange Marsch geht weiter.

Jürgmeier

Nicht immer rosige Umstände auch für Kinder in der Schweiz: Eine «Metron-Studie» ergab, dass über 51 Prozent der Familien mit vier und mehr Kindern über ein Bad verfügen und 62 Prozent über Warmwasser. 1960 wohnten noch 60 Prozent der Familien in Wohnungen, die weniger Zimmer als Haushaltsmitglieder aufwiesen. Bei Arbeitern wohnen 1,03 Personen pro Raum, bei Selbständig-erwerbenden nur 0,59. Italiener wurden im Durchschnitt mit 1,18 pro Raum zusammengepfercht.

Unser leben - und überdies unfreiwillig: In Südtalun ist es noch geläufig, dass Knaben zwischen 8 und 14 Jahren an Landeigentümern als Schafhirten verkauft werden. Handelspreise: zwischen 100 und 400 Franken pro Monat plus einige wenige Naturalien. Häufigste



Lebensbedingungen: Arbeit von drei Uhr morgens bis nach Sonnenuntergang, zum Essen Suppe und Brot, menschenwürdige Unterkünfte. Doch halt: Schuld sind nicht die «bösen Italiener», sondern die miserablen sozialen Umstände!

1400 Tonnen Blei werden jedes Jahr am Rand unserer Autostassen abgelagert. - Der sechseinhalb Millionen Einwohner der Schweiz produzieren jährlich sechs Millionen Tonnen Abfall. Das macht für eine Person fast eine Tonne pro Jahr. Oder rund drei Kilo pro Tag und Person. Wegwerfzahlen, nicht?

Der Fernseh-Metoo-Sprecher glänzte am Pfingstmontag mit einer Hochleistung: «Zentral- und Westschweiz: Gegen Mittag Auflösung der Restbevölkerung.» Ob ihm wohl unbewusst die zehntausend Pfingstmarschler Angst gemacht hatten?

Das Veto des Volkes

Ein schönes altes Wort, liebe Genossinnen und Bürger, liebe Bürgerinnen und Genossen, durch Eid verbunden, es heisst Demokratie oder Volksherrschaft oder: Alle Macht geht vom Volk aus! Schön war's! Zweihundert Jahre Industrialisierung: sie haben die Welt unersere Welt, verwandelt - grundlegend als zehntausend Jahre Menschheitsgeschichte vorher.

Und bereits: es eröffnet sich ein fundamental neues Zeitalter. Mit der Atomtechnik treten wir ein in eine Gesellschaft neuen Typs, in eine qualitativ andere Gesellschaft als alle Menschheitsgeschichte vor uns.

Zwischenfrage: Wie sehen die Steuerungsinstrumente für diese Fahrt ins Nuklear-Zeitalter aus? Die Bierführwerke hatten früher Kurbel-Handbremsen. Sie stammen aus der Zeit der Frühmechanik. Wo ist nun eigentlich der Motor, der diese ganze gigantische Beschleunigung verursacht? Der Erfindergeist? - Die Technik, Kohle, Öl, Elektrizität? Nein.

Ob ich 50 000 oder 10 Millionen habe - irgendwo dazwischen liegt die Schwelle. - Jedes Kapital drängt zum Profit. Von einer gewissen Grösse an überschreitet es die Schwelle, von hier an wird es skrupellos, wird es tendenziell gemeingefährlich - muss es das private Interesse über das Gemeininteresse stellen. Mit dieser Priorität durchschlägt es jede Panzerkugel, jede Sicherung, jede Moral. Es steht seinem innersten Gesetz gemäss unter dem Zwang zum Nochnoch, zum Nochnoch, zu dem Nochnoch, zu dem Nochnoch. Zwischenbemerkung: Gern will ich an den subjektiv guten Willen der Manager unserer Grossbanken glauben. Objektiv stehen sie unter diesem Zwang - ich sage es ganz cool und in vollem Bewusstsein der Bedeutung - stehen sie tendenziell unter dem Zwang zur Kriminalität, zum Verbrechen an der Gemeinschaft. Die letzten zehn Jahre haben zehn Bankenskandale produziert. Das ist nicht Unfähigkeit, das ist alarmierendes Symptom. Nebenbei bemerkt: Die Ursachen sind nicht gelöst dadurch, dass man auf dem Dach der Kreditanstalt ein paar Ziegel auswechselt.

Nochmal: Nuklearzeitalter, zum Verbrechen in diesem Zug. Noch immer beschleunigt sich das Tempo. Wer, letztendlich, steuert, bremst, kontrolliert? - Die Experten? Die Technokraten? Die Expertokratie? Eine Horravorstellung! Willi Ritschard mit der Kurbel des Bierkutschers in der Hand? Er hat recht: ihm fehlt das Instrumentarium und die Rückmeldung im Parlament, in der Bedürfnisklausel - präzise formuliert - wäre da ein Fortschritt. Für sie trete ich gern ein.

Und sonst? Wer hat die Macht, das Interesse des Volkes durchzusetzen, heute, wo das Zentrum der politischen Macht verbracht ist auf die Seite der wirtschaftlich Mächtigen, der Grosskonzerne, der Grossbanken?

Die nahegehende Antwort in unserer Demokratie wäre - betont - wäre: das Parlament. Unser bürgerlich dominiertes Parlament, ja, ein schöner, ein praktischer Gedanke. Nur, da muss nun von

einem alten neuen Skandal von nationalem Ausmass gesprochen werden: • 115 National- und Ständeräte stehen ganz direkt - nein: sitzen im Dienst jenes Motors Grosskapital, den es doch endlich zu bremsen, zu steuern gälte. • 115 National- und Ständeräte halten 750 Sitze in Verwaltungsräten besetzt. Für ihre Vertretung der Kapitalinteressen werden diese Vertreter der Volksterreresen bezahlt, nicht schlecht bezahlt.

Zwischenfrage: an alle Parteien in der Schweiz, ich sage nicht ohne Ironie «an alle»: Wie wäre es, wenn endlich gemeinsam diese längst fällige Forderung als Initiative lanciert würde, die Forderung nach der Unvereinbarkeit von politischem mit privatwirtschaftlichem Mandat? Wie war's? Das hätte übrigens auch zu gehen für Experten in der Kommission für eine Gesamt-Energiekonzeption. Hier muss erinnert werden an die Farce, die verbunden ist mit einem auch allen bekannten Namen: er heisst Michael Kohli. Es würde mit Sicherheit unterlaufen werden, dieses Gesetz. Dennoch und immerhin, es wäre ein Minimum, wenn wir politisch handeln wollen.

Nein, die Tausende vom Pfingstmarsch, die Tausende von der Pfingstdemonstration beim Atomkraftwerk Gösigen am 30. Mai 1977 sind keine Veranschönerung von Linksextremisten. Nein, sie sind keine Maschinenstürmer. Sie sind Bürger und Bürgerinnen dieses Landes und gute Nachbarn aus der BRD. Es sind Bürgerinnen und Bürger, die ein Minimum fordern: vier Jahre Baustopp. Sie fordern es angesichts der Folgen parlamentarischer Atompolitik in tiefer Sorge. Sie fordern damit eine demokratisch erarbeitete Gesamt-Energiekonzeption, eine demokratische Steuerung und Kontrolle dieser Fortschrittsfahrt in den Wahnsinn.

Und deshalb: Demokratische Kontrolle bis in die Geheime der Macht, bis in die Grossbanken und Grosskonzerne hinein.

Der heutige 30. Mai ist ein historischer Tag. Er signalisiert weithin sichtbar eine bestürzende Wende. Eine Wende im Verhältnis zwischen Parlament und Volk.

Heute und hier demonstriert die Bevölkerung gegen diese Politik der Faits accomplis - schauen wir uns diesen Turm an, er ist ein Monument für eben diese Politik. Die Bevölkerung demonstriert gegen fast zwanzig Jahre parlamentarische Fehlarbeit! Sie legt ihr Veto ein. Deutlicher: Sie entzieht diesem, schweizerischen und bürgerlichen Parlament ihr Vertrauen. Bürgerinnen, Bürger! Wir demonstrieren hier in Gösigen für eine endlich menschengemässe Zukunft, auch für unsere Enkel! Einfach gesagt, wir demonstrieren für den Sinn eines andern alten Wortes: Das Wort heisst Gemeinwohl!

Otto F. Walter

Dies sagte der bekannte Solothurner Schriftsteller Otto F. Walter an der Schlusskundgebung des Pfingstmarsches den auch als zehntausend Teilnehmern vor dem fast fertigen Atomkraftwerk Gösigen-Däniken. Wir drucken das auch im «Zeidiens» Nr. 22 veröffentlichte Manuskript ab.

«Jede Minute kostet 33 Franken» von Emil Zogg, Limmat-Verlag Zürich, 188 S., 14.50 Fr., ist ein wichtiges Buch über die Arbeitswelt.

Stationen

Peter Meier, Kulturredaktor beim Zürcher «Tages-Anzeiger», beschreibt sein Verhältnis zu seinem Vater. Er tut dies als Intellektueller, welcher dem Arbeiter (Vater) auf die Spur kommen will. Das Bild, welches schliesslich von diesem Zugführer Jakob Meier entsteht, ist nicht das des klassenbewussten Arbeiters, der seinen Platz in den Reihen der Kommunistischen Partei sieht. Vielmehr zeigt die Biographie, dass der ursprünglich selbst- und klassenbewusste Arbeiter mit zunehmendem Wohlstand immer stummer wird, ja sich sogar von Fremdenhass anstecken lässt. Peter Meier schätzt denn auch gerade dieses Bild des Schweizer Arbeiters «realistisch» ein.

Dass aber die zweite zentrale Problematik des Buches, der sinnlose Krebsstod der ersten und auch der zweiten Frau des Vaters, mit zu dieser unkämpferischen Haltung des Arbeiters geführt haben, berücksichtigt Meier zuwenig. Die Darstellung des Todes gehört zu den erschütterndsten und grossartigsten Passagen des Buches. Sie bringen den Leser unabweislich in die Reflexion. Aber Meier hätte sie zu einer Reflexion über das Leben ausweiten müssen: die Sinnlosigkeit des grausamen Todes müsste den Sinn eines Arbeiterlebens freilegen: den beständigen Einsatz für eine Gesellschaft, die menschenwürdiger ist als die unsrige. (Zyglotte, Bern)

Israel - Kibbuz-Einsatz

Vom 14. 5. bis 18. 6. 1977
11. 6. bis 16. 7. 1977
9. 7. bis 13. 8. 1977

können Sie mit uns nach Israel reisen. Etwa 4 Wochen Arbeit in einem Kibbuz und 9 Tage Wanderzeit quer durch Israel ermöglichen Ihnen, Land und Leute richtig kennenzulernen.

Preis: nur 1400 Fr.

Ausführliche Auskünfte und Prospekte bei: JK-Reisen, Zeltweg 9, 8032 Zürich, Telefon (01) 47 19 57

Ab 25. Juni die Zufahrtsstrassen besetzen

AKW Gösigen: Jetzt geht's los!

Der Pfingstmarsch war für 12 000 ein «Aufsteller». Nächster Termin für AKW-Gegner: 25. Juni, 14 Uhr bei der Friedenskirche in Olten. Von da aus sollen nach gut vorbereiteten Plänen die Zufahrtsstrassen zum Bauplatz des Atomkraftwerks Gösigen/Däniken besetzt werden. Nächste Vollversammlung des Schweizerischen Aktionskomitees gegen das AKW Gösigen (SAG): 18. Juni, 17 Uhr, Friedenskirche Olten.

Die Besetzung der Zufahrtsstrassen zum Bauplatz des Atomkraftwerks Gösigen/Däniken ab 25. Juni wurde an der zweiten Vollversammlung des Schweizerischen Aktionskomitees gegen das AKW Gösigen am Samstag, 11. Juni, von rund 400 Leuten beschlossen.

Schon an der ersten Versammlung, gleich nach dem Pfingstmarsch, hatten sich die anwesenden 250 Leute für die Besetzung entschieden, entsprechende Arbeitsgruppen gebildet und die Leute in der näheren Umgebung über das Vorhaben informiert.

Zusammen mit den gegen 2500, die während des Pfingstmarsches mit ihren Unterschriften für die Besetzung gestimmt hatten, ergeben die beiden erwähnten Versammlungen eine tragfähige Basis für den Widerstand gegen Gösigen. Viele der engagierten Leute sind seit «Kaiseraugst» neu dazugekommen, aus der näheren und weiteren (was heisst bei einem AKW schon weit?) Umgebung von Gösigen/Däniken. Die Bewegung der Atomkraftwerkgegner verbreitert und verstärkt sich.

Nähere Auskünfte auch über die intensive Vorbereitung der Besetzung bei: Zürcher Atomkraftwerkgegner, Postfach 145, 8002 Zürich. - Diejenigen, die am 25. Juni besetzen wollen, informieren sich bei: SAG, Dorstr. 20, 4657 Dulliken. Telefon: (062) 35 21 42.

Kleintheater im Aargau: Alternative im Kulturbetrieb, wie lang noch?

Bürger gegen das Theater

Theater in der Provinz muss nicht «provinzielles» Theater sein. Das zeigen die beiden professionellen aargauischen Kleintheaterbühnen, die «Innerstadt» in Aarau und die «claque» Baden. Mit Staatssubventionen und Spenden aus der Wirtschaft (beispielsweise BBC, Baden) wurde hier in der Provinz ein Alternativtheater aufgebaut, das sich von der sechsten Volksküchle bis zu «Emmentaler Liebhaber» löst: Volkstheater ist nicht mehr Vorwand zur Verherrlichung der «heilen Welt», sondern Herausforderung für den Zuschauer. Eine Herausforderung, die der Bürger aber nicht zu verkräften wusste und wollte: Die aargauischen Kleintheater stehen vor dem Konkurs, das Geld fließt nicht mehr.

Kleintheater über das, was sie auf der Bühne in den drei Jahren seit dem Einzug eines festen Ensembles in die Tuchlaube zu sehen bekamen, betroffen aber auch ein weiterer Teil der Einwohnerschaft der Stadt und der Agglomeration über die gesellschaftskritische Haltung, die von den Theaterleuten verschiedentlich zum Ausdruck gebracht wurde.» (Aargauer Tagblatt, 16. März 1977.)

Die Verträge der Aarauer Schauspielerei wurden gekündigt. Der Dramaturg hat sich auf ein Jahr beurlauben lassen. Das interimistische Präsidium des «Demokratischen Manifestes Aargau», das er übernommen hatte, würde eine Führung der Bühne verhindern, die «unserer Geisteshaltung und Wesensart» entspreche, schrieben ihm der Innerstadtbühne- und der Gönnervereinsvorstand,

Seit 10 Jahren hatte sich die Innerstadtbühne in einem Kellerlokal in der Aarau Altstadt mit Gastspielen von verschiedenen Kleintheatern zum ach so geliebten Kleinkind in der Aarauer Kulturszene hinaufgearbeitet. Kritik war er-



«Die deutschen Kleinbürger» von Kotzebue, die neueste Inszenierung der Badener «claque», auf Aargauer Verhältnisse zugeschnitten...

laubt, doch im Rahmen des Erträglichkeit, und in Aarau verträge es keine. 1974 rafften sich die Aarauer Bürger zur grossen Kulturart und bewilligten zwei Millionen Franken für den Umbau eines Altstadthauses in ein Theater mit Cafeteria und Jugendhaus. Aarau hatte sein eigenes «Stadttheater». Der Gönnerverein «Freunde der Innerstadtbühne» entstand, und im Vorstand des «Innerstadtbühne»-Vereins sind vom Divisorien bis zum Lehrer sämtliche Repräsentanten des Aarauer Bürgerstandes vertreten. Das Berufsensemble wurde engagiert, die Subventionen erhöht, und die Spenden flossen. Grosse Worte über das kleine Theater: «Wie so manche Schweizerische Stadt gilt auch Aarau als klein, als Kleinstadt, als Provinz aus der Sicht derer, die in der Grossstadt leben müssen. Ist die Kleinstadt aber wirklich klein? Ist eine Stadt klein, welche eine Innerstadtbühne werden, arbeiten und spielen lässt?» (Stadtmann Markus Meyer). Das Theater konnte losgehen. Und es ging los.

Zuerst nur unterschwellig, dann immer deutlicher wurde die Kritik am Spielplankonzept der neuen Bühne. Die gesellschaftskritischen Stücke treffen. Die Toleranz ist zu Ende. Politik gehört nicht auf die Bühne, entrüsten sich die Kulturbürger und unterstellen dem von ihnen subventionierten Kleintheater, Politik zu betreiben, statt Theater zu spielen. «Beunruhigt, ja schockiert ist ein Teil der Besucher des Aarauer

die ihr Theater wieder auf den rechten Boden stellen wollen.

Kleintheater für Kleinbürger

Rund 100 000 Fr. betragen die kommunalen und kantonalen Subventionen pro Jahr für die Innerstadtbühne, 110 000 Fr. sind es für die «claque». Die Schauspielerei muss sich in einem Monatslohn von 1300 Fr. beziehungsweise 1500 Fr. in Baden begnügen. Daneben braucht es Spenden, damit alle Unkosten gedeckt werden. Diese kamen bis jetzt immer von Firmen aus der Region. Seit einiger Zeit bleiben sie aus. Die Defizite der beiden Theater wachsen. 5000 Fr. fehlen allein in der Kasse der «claque». Die Löhne der Aarauer Theaterleute sind nicht mehr gesichert. Der Konkurs scheint unvermeidbar. Das alternative Theatergeschäft ist abgeblockt. Das Geld soll nur noch einem gemeinen Theater zukommen. Dem Aarauer Ensemble sind die Bedingungen für eine neue Spielplankonzeption aufgeprägt worden. An erster Stelle steht die «untherhaltame, vorwiegend unbeschwerte» Inszenierung. Kleintheater wieder für Kleinbürger.

Bruno Baeriswyl

In der Februarnummer 1977 brachte «das konzept» eine Besprechung des Theaterstückes über den Nestlé-Prozess «Gebt mir meine schwarzen Puppen zurück!», das von der Badener «claque» inszeniert wurde. Die Nummer ist gegen 1.50 Fr. in Briefmarken bei der Redaktion «das konzept», Rämistrasse 66, 8001 Zürich, erhältlich.

Aufstand der Bürger in der Provinz. Steht die Revolution im sonst so friedlichen Aarau vor der Tür? Das freisinnige Lokallblatt mobilisiert seine Leserbriefschreiber: Linkes wurde gesichtet, Bürger, wehret euch! Doch keine Angst, das Rathaus ist noch nicht rot. Der Schauspielplatz des Bürgerspektakels ist anderswo, nämlich im Theater. Also mal wieder eine Theaterkrise oder so? Schwamm drüber. Sollen sich die bürgerlichen Kulturtäter in ihren Feuilletonstücken bespucken, was geht das uns Linke an?

Doch was da als Krise verkauft wird, ist gar keine. Die aargauischen Kleintheater haben sich in den letzten Jahren aus dem Kulturmief befreit: Kleintheater ist nicht mehr Schauspielersersatz für Provinzbürger, sondern wurde zur Alternative im herkömmlichen Kulturbetrieb.

Selbstverwaltung im Betrieb

Die «Innerstadtbühne» in der Aarauer Tuchlaube und die «claque» im Badener Kornhaus sind die einzigen schweizerischen Kleintheater mit einem festen Berufsschauspielerensemble (zuletzt sind es in Aarau und Baden je sechs Leute). Seit 5 Jahren in Baden und 3 Jahren in Aarau wird versucht; Alternativen sowohl in der Produktion als auch in den Inszenierungen zu finden. Mit Koproduktionen und Austausch von Gastspielen arbeiten die Innerstadtbühne und die «claque» eng untereinander und mit den nicht selbst produzierten beiden anderen aargauischen Kleintheatern in Zofingen und Bremgarten zusammen. Neue Formen der Theaterarbeit werden gesucht: Die Stücke werden kollektiv im Ensemble erarbeitet. Eigenproduktionen, die zum Teil historische Themen aus dem Aargau aufgreifen, bespricht der Autor mit dem Kollektiv. Theaterarbeit bedeutet für die Schauspieler Engagement, die Identifikation mit dem Theaterstück und der Rolle ist wichtig und entscheidend für die Auswahl eines Stückes.

Die Theaterarbeiter bestimmen über ihr Theater selber: Träger ist ein Verein, dem aber nur Mitglieder angehören dürfen, die am Theater mitarbeiten. Das Ensemble hat ein eigenes Satzungsrecht und ist im Verein vertreten, der über die Spielplankonzeption entscheidet. Schwerpunkte im Spielplankonzept liegen in der Vermittlung von neuen Formen und Aufgaben des Theaters in einer kleinstädtischen Region.

Kleintheaterarbeit wurde zur (linken) Alternative, doch eine Alternative, die sich stets der ökonomischen Abhängigkeit von Subventionen und privaten Geldgebern bewusst sein musste.

Bürgerliches «Stadttheater»

Sowohl die Aarauer «Innerstadtbühne» als auch die Badener «claque» waren zu Beginn ihrer kollektiven Theaterarbeit voll im bürgerlichen Kulturbetrieb integriert. Zum Beispiel Aarau:

Lied vom Latscher

Dietrich Kitzner war auf Einladung des «konzept» in Zürich und spielte seine neueste Revue über den Arbeiterschriftsteller Erich Weinert. Für alle, die das Konzert hörten und sahen und denen es gefiel, aber auch für jene, die es verpasst haben, drucken wir ein Gedicht Weinerts ab (leider können wir Kitzners Ton nicht mitdrucken). Der Text ist in der DDR erschienen und noch erhältlich.

Die Maggi-Suppe duftet weit in Wald und Berges Einsamkeit. Wie lustig schmort die Sasse in der Konservendose.

Und ist die Grütze aufgekaut, dann wird in Blau und Rosa Ein Seelenleben aufgebaut, teils lyrisch, teils in Prosa.

Hoch in die Wolken schweift der Blick, wir ziehn uns aus der Welt zurück, und sprechen leise im Chore: Rabindranatogore.

Juhu! Wir fñhlen uns nicht bürgerlich und auch nicht proletarisch. Wir wandeln auf dem Himmelsstrich und leben vegetarisch.

Die schöne Welt, wir hassen sie, nur abgeklärte Poesie ist unsere Seelenspeise. Wir sind so reichlich weise.

Phi Klassenkampf, wir ordinar. Wir kennen nicht Tarife. Der Reichtum kommt von innen her aus unsrer Seelenleite.

Wer sich von innen nur beschaut und Nietzsche liest und Rüben kaut, Was kümmert denn die ändern... Wir wandern.

Juhu! Das latschen wir durchs weite Land, die Hafergrütze dampfend.

(Latscher sind kleinbürgerliche Intellektuelle, die am Busen der Natur und des Geistes den Klassenkampf zu vergessen trachten [Kitzner].)

Juhu! Juhu! Der Frühling drauss', wir ziehn fürbass und zupfen unsre Geige. Wir hüpfen froh durchs nasse Gras und tanzen unsre Reigen.

Die Klampfe klirrt bei Schritt und Tritt, die Kochgeschirre klirren mit. Der Wald ist voll Akustik, wir sind so schrecklich lustig.

Juhu! Und sitzen wir am Waldesrand, so schweigen unsre Klampfen. Dann latschen wir durchs weite Land, die Hafergrütze dampfend.

Die neuen LPs von Ernst Born und Martin Heiniger

«Wehre für ne wäut, wo's nid git»

Fast gleichzeitig sind Ernst Borns dritte LP «Aentlig e Lied» und Martin Heiners erste Langspielplatte «es schysst mi a» erschienen. Dabei handelt es sich ohne Zweifel um die beiden wichtigsten LPs von (Deutsch-)Schweizer Liedermachern seit langem.* Wenn auch grundverschieden, haben diese beiden LPs vieles gemeinsam, vor allem aber: der von ehrlichem Pathos getragene, ungeschminkte und unermüdete Einsatz für eine bessere Welt. Diese LPs machen einem Mut und lassen die schon etwas verwekete Hoffnung neu erblühen, dass der Kampf für menschlichere und gerechtere Lebensbedingungen nicht umsonst ist.

Bleiben wir noch etwas bei den Gemeinsamkeiten: Ernst Born und Martin Heiniger sind «Profis». D. h. ihren Liedern ist mehr eigen als bloss gutgemeint.

Ernst Born: «Aentlig e Lied» (Duraphon HD 251)
Martin Heiniger: «es schysst mi a» (Zyglodge 32)

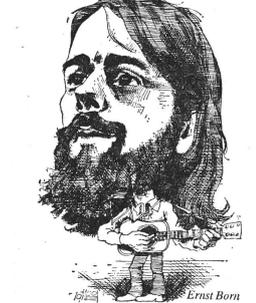
tes Engagement, sie überzeugen auch in technisch-poetischer und musikalischer Hinsicht. Oder wie es René Bardet im Hüllentext von Heiners Platte formulierte: «... mir fñhlt man sich an einen Pfad-Familienabend zwangsversetzt (Liedermachersyndrom), und nie hat man das peinliche Gefühl, dass man um

(z. Basel a mim Rhy) und «1977» (nach dem Bürgerlied 1848). Was, wenn diese Version erst einmal mit den neuen Texten Volksgut geworden sind und wenn dann Tausende Strophen singing wie etwa:

«Schlof, Kindli, schlof, Du kunnstch vom Hinterhof. Millione-n-in dr glyche Laag blange-uf dr bluetig Dagg. Schlof, Kindli, schlof.»

oder: «In Mueters Schüttele, do goht e-n-andre Wind, will mir emol e wenele uffgwacht sind.»

Dies dürfte dann für gewisse Herren die letzte Aufforderung dazu sein, ihr Koffer ziemlich plötzlich und endgültig zu packen.



Ernst Born

«Himmelswillen» applaudieren müsse, um nicht vor mißführender Verlegenheit in den Boden zu versinken, weil es doch sooo gut gemeint ist.»

Die erstaunliche Übereinstimmung ergibt sich aber in der Wahl der besungenen Themen. In mindestens je vier Liedern findet sich jeweils dieselbe Problematik. Ernst und Tinu haben einander sicherlich nichts abgeschrieben, vielmehr handelt es sich dabei um Stoffe, die nach dem Verlauf der Geschichte eben in der heutigen Zeit anstehen.

In vielen Aspekten sind diese beiden LPs aber grundverschieden. Ernst singt «Baseldytisch». Sein zurzeit wichtigstes Anliegen ist die Verhinderung der Atomkraftwerke. Und da Ernst in vorderster Front gegen die AKWs mitkämpft, ist es nicht verwunderlich, dass etwa die Hälfte der Lieder direkt oder indirekt mit diesem Kampf zu tun hat: «Dört und-ein-in dr Nöchi» (Seveso-Lied), «S Bsundere derby», «In Mueters Schüttele», «Rueh und Örnig», «Go betze».

Ernst will aber nicht nur ein Liedermacher sein, der seine Lieder dem Publikum bloss vorträgt. Er möchte auch, dass seine Lieder gesungen werden und im Kampf Mut und Solidarität erzeugen. Dazu hat er in vier Liedern auf bekannte Melodien zurückgegriffen und sie mit neuen Texten versehen: «Schlof, Kindli, schlof», «In Mueters Schüttele», «Erinnerung an Basel»

Hepp-Demo-Spoerri

Neue Schweizer LP-Produktionen, «konzept» Nr. 5/77

Als Produzent der Lässer-LP zeichnet Hardy Hepp, Krokodi-Leadsänger und spiritus rector der Schweizer Rockszene. Darüber sollte ja nicht vergessen werden, dass auch Hardy Hepp zusammen mit Bruno Spoerri kürzlich eine – bezeichnenderweise – von den Massenmedien praktisch totgeschwiegene LP auf den Markt gebracht hat. Dabei handelt es sich hier um etwas vom Besten, was in den letzten Jahren in der Schweiz in Wachs getritzt wurde.

Das Ganze ist ein Gemisch von Hardy-Songs, und Hardy-Musik, gepackt mit Heppoesie (Mundartgedichte und -sprüche), umrahmt, unterstützt und «besolot» vom besten Bruno Spoerri, den man auf Schallplatten finden kann. Die beiden singen und spielen «their asses off» (frei übersetzt: «mit Leib und Seele»). Und dann diese Heppoesie... nur so viel: «Ich tröme nid» ist eines der besten Mundartgedichte überhaupt und trotz dem aussergewöhnlichen Thema (Masturbation) nicht im geringsten peinlich. Kommentar: Gehe hin und kaut (auch wenn nicht alles perfekt an dieser LP ist). IMAGE 768-003

treffpunkt

Nordwestschweiz: Junger Akademiker, 183/79, Bart, sucht fröhlichen, männlichen Freund bis 35 für geistige und körperliche Beziehung. Auf Deine Bildzschirft freue ich mich. Diskretion selbstverständlich. Zuschriften an: 4043, Mosse Annoncen AG, Postfach, 8023 Zürich.

BE: Mittelschullehrer (33) sucht nette, nicht zu empazierte Freundin (so um 25-27 und 175 cm wäre ideal), vorläufig für Gedankenaustausch, gemeinsame Weekends und Ferien. Heirat steht nicht im Vordergrund! Zuschriften an: Chiffre 4042 Mosse Annoncen AG, Postfach, 8023 Zürich.

24, 180, sucht aufstrebende Freundschaft mit homophilem Gleichaltrigen, dem Sex nicht das Wichtigste bedeutet. Bildzschirften beantwortet Chiffre 4071 Mosse-Annoncen AG, Postfach, 8023 Zürich.

Basler Student (22) möchte zusehe Vorbereitung einer gemeinsamen Korsika-Erkundung (Spätsommer/hpts. per Solex, evtl. gelegentlich zu Fuss) vielseitige Aktivität liebendes, unkompliziertes Girl treffen. Chiffre 3983, Mosse-Annoncen AG, Postfach, 8023 Zürich.

Gutaussehender Student, bl, 26, 180, vielseitig interessiert, sucht trotzdem gleichgesinnte Freundin für interessante, vielseitige Beziehung ohne Tabu, auch weil man vielerorts vorteilhaft als Paar auftritt und überhaupt. Chiffre 3984, Mosse-Annoncen AG, Postfach, 8023 Zürich.

FLÖHMARKT

- Verkaufte Zoom-Objektiv «Admiral» 85-205 mm, 1:3.8, Minolta-Anschluss mit automatischer Blendenverstellung, fast neue, wenn Kamerawechsels, 380 Fr. inkl. Köcher (neu im Discount 623 Fr.). Schutzfilter dazu 15 Fr. Tel. (01) 47 33 34 abends.
- Verkaufte Herren-Lederjacke, schwarz, Gr. 50, sehr günstig, wenn Nichtgebrauchs, neuwertig. Tel. (01) 47 33 34 abends.

Eine «konzept»/SSR-Dienstleistung: die Gratis-Rubrik



für die Reisepartner-Suche

Kommerzielle Inserate, solche mit andern Zwecken als der Suche nach Reisepartnern sowie Chiffre-Inserate können allerdings nicht angenommen werden. (Wir verwerten dafür auf unsere Güntigkeit Kontakt- und Kleinanzeigen in der Rubrik «treffpunkt».)

Wie mach' ich's?

Text sauber mit Schreibmaschine (grosser Abstand, kurze Zeilen) schreiben, maximal 35 Worte. Längere Inserate werden gekürzt. Name und Adresse nicht vergessen! Inserat mit 40 Rappen frankieren, einschicken an «das konzept», Reis mit, Rämistrasse 66, 8001 Zürich, Einsendeschluss wie Inseratenschluss (vgl. Impressum).

Da viel auf Reisen (Europa, Ozean), suche ich nette Begleiter/-innen (nicht über 18 bis 22). Bin jung, grossgewachsen, schlank, sportlich (tanze gern). Weiteres erlaube ich mir kundenspezifisch. Anmelden im besten noch heute. Paul Kunz, bei Frau E. Jurk, Ellenauweg 29, 3000 Bern.

Junges Ehepaar sucht Anfang Juli Mitfahrgelegenheit nach Kopenagagen oder Oslo (mit Benzinkostenbeteiligung). E. & U. Gut, Feltenstrasse 1, 8700 Küsnacht, (01) 910 93 06.

Zum Inserieren Text (max. 30 Worte) mit Schreibmaschine oder Blockschrift und mit Vermerk «Kontakt» bzw. «Kleininserat «das konzept»» einschicken an MOSSE-Annoncen AG, Postfach, 8023 Zürich, und Betrag (Kontaktinserat inkl. Chiffregebühr: Fr. 15.-, Kleininserat: Fr. 12.-) auf Postschekkonto 80-1027, Mosse AG, 8023 Zürich, einzahlen, mit Vermerk «Kontaktinserat «das konzept»» bzw. «Kleininserat «das konzept»» auf der Rückseite vom Abschnitt des Einzahlungsscheins. Falls mehr als 30 Worte: pro angebrochene 10 Worte zusätzlich Fr. 4.- einzahlen. Ihr Inserat erscheint nach Überweisung des Betrages. Auf Kontaktinserate eingehende Briefe werden wöchentlich per Post zugestellt. Diskretion zugesichert. Unter dieser Rubrik werden keine kommerziellen Inserate angenommen.

Ich geh Ende Juli/Anfang August mit ein Auto und Zelt für 3 Woche von Südfriankrich. Weltes Maitli möcht mit mir cho d Mönche und s Land beneuerd? Schmit mir doch oder telefonier über s Wochenend! Marlin Rauber, Schützenmatt 26, 5200 Brugg, (056) 41 10 03.

Bilffigler nach Penn, 8. 8.-20. 9. (Übernachtung) sucht Leute, mit denen ein Susak-Geschichten lesen kann. Ich auch dankbar für nützliche Hinweise (Abendzuschungen, Transportmöglichkeiten...), Christian v. Geiso, Heiligstr. 101, D-2 Hamburg 20.

Wer fährt mit, für drei Wochen ab 25. Juli, nach Griechenland, Portugal, Spanien oder Insel Elba? (Kein Reisebüro-Pauschalarrangement), Zita Albrecht (Em), Rämistrasse 38, 7000 Chur, (081) 22 12 52 (13.00/19.30 Uhr).

Suche Reisebegleiter(in), der/die auf eine Inter-Rail-Reise mitkommt. Ziel: (noch nicht fest) Skandinavien, Schottland, Jette, 10. Juli-7. August '77. Ich: 22/175. Du: kein oberflächlicher Typ. Bitte melden bei: Benno Her, Im Moos 6, 9403 Goldach, Tel. (079) 43 26 63.

Kreuz und quer durch Spanien und Portugal fahre ich (Lehrer, 29) im Juli mit Auto mit Ziel. Welches unternehmungs-lustige Mädchen kommt mit? Nilvaus Gfeller, Halderstr. 50, 4951 Hutwil, Tel. (063) 72 28 37.

Doktorand (Stud. Botani) sucht kameradschaftliche Begleitung für Studentreise in die Pyrenäen 3 bis 5 Wochen, ab 15. August 1977. Voraussetzungen: Briefgüte, Geduld, Beziehungen zu Pflanzen und Tieren. Ansuchen: J. Bürfuss, Botanischer Garten, Zollikerstr. 107, 8008 Zürich, Tel. 25 76 20.

Welches ca. 20. alte Mädchen hätte Lust, mit mir, 20/182, Physikborant-Stüt, im Monat Juli für ca. 3 Wochen nach Spanien, Frankreich, evtl. Marokko per 250er-Motorrad oder Internat zu reisen? Rolf Donner, Birehölzliweg 6, 5412 Gebenstorf, Tel. (056) 23 25 74.

Ich, 24/187, männlich, HTL-Student und Hobbykletter, suche Junges Boy, der mit mir die Sommer- oder Herbstferien verbringt. Hatte Interesse? Kanntu schreiben. W. Zaugg, Postfach 147, 3018 Bern.

Wer vermittelt mir VW-Bus oder ähnliches, im Juli, für 500 Franken? Christophe Büchi, 4 Madeleine, 1003 Lausanne, (021) 20 32 87 während der Arbeitszeit.

* Davon auszunehmen ist die kürzlich erschienene LP von Jürg Jegge («es chunt halt druf a, um was grad gait», Zyglodge 31). Jürg Jegge ist allerdings kein «Profis». Aber auch wenn seine Lieder in musikalisch-künstlerischer Sicht etwas schwächer sind, vermögen sie dank Jeggens einzigartiger Persönlichkeit, seinem bissigen Humor und seinem ehrlichen Engagement für die Immerzukunftskommunen trotzdem zu überzeugen.

Die französische Bildungsmisere und der Kampf der Studentengewerkschaft UNEF

Auch eine Linksregierung braucht eine Studentenvertretung

Die französische Mehrheitsregierung, welche sich allerdings in der Minderheit befindet, versucht das Malaise der wirtschaftlichen Krise durch Sparmassnahmen zu beheben. Diese treffen auch das Bildungswesen, und vor allem die Studenten. Dieser Politik hat aber die starke Studentengewerkschaft UNEF (Union nationale des étudiants de France) den Kampf angesagt. Mit einer starken Demokratisierung ihrer studententpolitischen Aktivitäten wurde die Union zu einem politi-

schon Gewicht, welches mit den Organisationen der Arbeiterbewegung gut zusammenarbeitet und sich mit ihnen solidarisiert. So wurde die gemeinsame Demonstration des 24. Mai, des ersten einheitlich von allen grossen Gewerkschaften ausgerufenen Generalstreiks seit dreissig Jahren, auch zur Demonstration der tatsächlichen Einheit von Studenten und Arbeitern, einer Einheit, die so oft nur in Schlagwörtern besteht.

Die französische Studentenunion (UNEF) misst der sozialen Lage der Studenten grosses Gewicht bei. Wird hier ständige Interessenpolitik betrieben? Ist man, ausgehend von den schweizerischen Diskussionen, versucht zu fragen. Jedoch ein Blick auf die Statistiken belehrt eines anderen. 60% der französischen Studenten sind lohnabhängig. Nur 12% können von Stipendien leben. Das «Centre national des œuvres universitaires» hat berechnet, dass die minimalen Lebenskosten eines Studenten sich

Chance hat, sich an einer Universität zu immatrikulieren, liegt der Prozentsatz beim Spross eines höheren Kaderts bei 6%.

In Frankreich zeichnet sich eine ähnliche Tendenz ab, wie sie in Italien zur universitären Katastrophe geführt hat. Unter äusserem Druck wurde das Bildungssystem auf Universitätsstufe nach den 68er Ereignissen geöffnet, ohne dass gleichzeitig die nötigen Mittel dazubereitgestellt worden wären. Besonders krass sind die Zustände an der einst viel gepriesenen Reformuniversität von Vincennes. Dort müssen sich 5 Studenten um einen einzigen Stuhl konkurrenzieren.

Die Nahrung in den Studentenrestaurants wird, ohne Ernährungsessensstellen, als knapp ausreichend für einen Menschen zwischen 20 und 30 Jahre bezeichnet. Studentenzimmer gibt es kaum, und aus Distanzgründen können nur wenige Studenten bei den Eltern wohnen, abgesehen davon, dass dies ja nicht unbedingt den studentischen Bedürfnissen entspricht.

Düster sind die Aussichten nach Beendigung des Studiums. Schon heute gibt es über 20 000 offizielle Arbeitslose mit Hochschulabschluss, ganz zu schweigen von der weitverbreiteten versteckten Arbeitslosigkeit, welche in den Statistiken nicht erfasst werden kann. Dieses Problem reißt sich lückenlos ein in den Gesamtkomplex der gewaltigen Jugendarbeitslosigkeit, die dieses Land belastet.

Die Gewichtung der politischen Arbeit der UNEF ist also nicht willkürlich. Der Tendenz zur Verlotterung des universitären Lebens muss aktiv begegnet werden, um so mehr, als gleichzeitig von herrschenden Kreisen die Bildung von Elite-Universitäten angestrebt wird, die einer Demokratisierung des Bildungssystems noch stärker entgegenwirken würde.

Aus den Erfahrungen Lehren gezogen

In Frankreich hat es nie Studentenschaften mit Zugsammitgliedschaft gegeben. Die UNEF basierte immer auf freiwilliger Mitgliedschaft. In ihrer hundertjährigen Geschichte hat sie sich von einem elitären Haufen, der eine ständige Interessenpolitik betrieben hat, zu einer Kraft entwickelt, deren Platz in der Reihe der demokratischen Organisationen, welche heute für die Abkämpfung der längst minoritären «Majorität» kämpfen. Die UNEF bezeichnet sich heute ohne Umschweif als Studentengewerkschaft.

Nach dem gewaltigen Aufschwung der UNEF im Kampf gegen die «salte, guernu» die die französische Imperialisten in Algerien geführt haben, zerbrach die 100 000köpfige Organisation an den Fraktionskämpfen nach dem Mai/Juni 1968. In mühseliger Kleinarbeit ist die heutige UNEF entstanden. Sie ist offen für alle «sensibilités politiques», wie man sich auszudrücken pflegt. In der UNEF werden Jungkommunisten, Anhänger der Sozialistischen Partei, Katholiken und «Conventionnels» aktiv. Die Suche nach einem breiten Konsens unter den Mitgliedern, das Eingehen auf die Bedürfnisse der grossen Masse der Studenten, die Abkehr vom früheren Paternalismus gegenüber der Arbeiterbewegung, die Unabhängigkeit von politischen Parteien – das sind heute die Kennzeichen des Organisationslebens des französischen Studentenverbandes.

UNEF – die führende Kraft

In der Tat ist es heute berechtigt, von der UNEF als dem französischen Studentenverband zu sprechen. Wenn auch die Verantwortlichen immer wieder darauf hinweisen, wieviel noch zu tun ist, welche Anstrengungen noch nötig sind, damit die UNEF ihrem Anspruch gerecht werden kann, so zeigen doch einige Ereignisse, dass man kaum feilschen darf. In der UNEF ist die eigentliche Interessenvertreterin der französischen Studenten sieht.

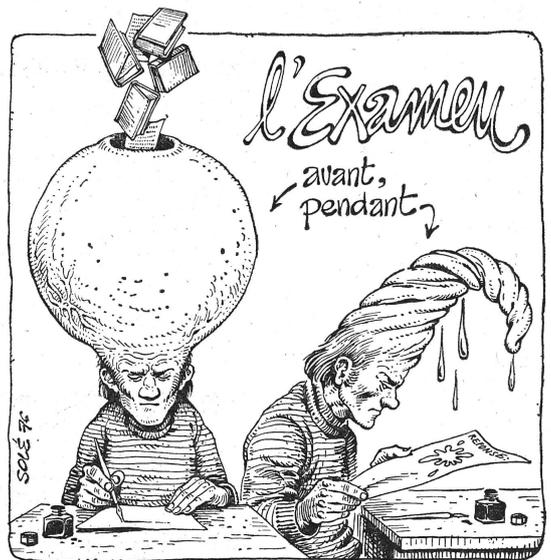
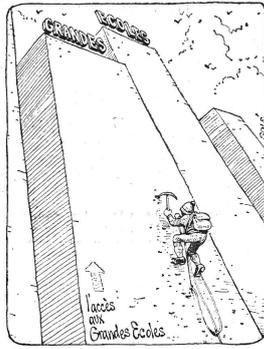
Einer der Höhepunkte in diesen «deuxième cycle», an denen sich im April 1976 über 200 000 Studenten in ganz Frankreich beteiligt hatten. Aufgerufen dazu hatte die UNEF. Bei den letzten Wahlen in die Mitbestimmungsgremien an den Universitäten hatte die UNEF 54% der Stimmen auf sich vereinen können, während die nächstgrössere Gruppe, die Vereinigung der gouvernementalen Listen, auf 21% kam. Die UNEF wird heute von der Vereinigung der Gewerkschaften aus dem Bildungsbereich als einzige Studentengewerkschaft anerkannt. Die Verbindungen zu ge-

samten Gewerkschaftsbewegung sind solide und herzlich, was u.a. in der Grussadresse der grössten französischen Gewerkschaft, der CGT, an den 64. UNEF-Kongress zum Ausdruck kam. Aber auch die linkssozialistische Gewerkschaft CFDT war am jüngsten Kongress (zum erstenmal) präsent.

Die Forderungen der UNEF

Hauptforderung der UNEF ist, dass mit der Politik der Austerität, d.h. mit der Politik des blindwütigen Spars, Schluss gemacht wird. Das Bildungssystem, darunter das Universitätsstudium, muss so ausgebaut und mit so viel Mitteln ausgestattet werden, dass es die Entwicklung des Landes im Sinn der breiten Masse der Bevölkerung aktiv unterstützen kann. Die demokratische Erneuerung der französischen Gesellschaft kann nicht getrennt werden von einem Ausbau des Bildungswesens. Die Abbautendenzen der Regierung sind deshalb zutiefst antidemokratisch.

Wichtig sind auch die Ausführungen zum innerorganisatorischen Leben in der Kongress-Resolution. Grundorganisation der UNEF ist das «comité» auf Fachschaftsebene. Diese «comités» bil-



den zusammen die AGEs (Association générale) in einer Universitätsstadt bzw. einer Universität im Fall von Paris. «Das demokratische Leben im Komitee ist das Unterpfand für die Wirksamkeit der gewerkschaftlichen Aktion», wird hervorgehoben. Kriterium des demokratischen Lebens des Komitees ist in erster Linie die Offenheit und der Einbezug aller Studenten in die Diskussionen, ungeachtet ob sie Mitglieder sind oder nicht.

Kaum einer der Diskussionsredner am Kongress hat es unterlassen, auf die Notwendigkeit eines demokratischen und pluralistischen Organisationslebens hinzuweisen. Im Gegensatz zur UNEF, das wurde oft betont, sei das MAS (Mouvement d'Action Syndicale) an der Tendenzbildung, an den Versuchen, die breite Studentenorganisation zu instrumentalisieren (wer kennt nicht diese Debatten in unsern Gefilden), gescheitert. Das MAS, aufgebrochen mit dem Anspruch, ein «linkes» Gegengewicht zur UNEF zu schaffen, hatte sich einige Tage vor dem UNEF-Kongress gegen die Anhänger der SP und des PSU (Parti Socialiste Unifié, Vorsitzender Piaget von der LIP) traten in die UNEF über.

Keine konjunkturelle Erscheinung

Eine der Fragen, die oft zum Prüfstein für die wirkliche Unabhängigkeit der UNEF gemacht wird, ist, ob die

UNEF, die heute einen harten Kampf gegen die Bildungspolitik der Regierung führt, die Notwendigkeit einer Interessenvertretung der Studenten auch nach einem Sieg der Linken in den nächsten Parlamentswahlen von Frühjahr 1978 anerkennt. Wenn die Linke eine Politik im Interesse der breiten Schichten des Volkes, darunter auch der Studenten, betreibt, ist dann eine UNEF zur Durchsetzung der studentischen Interessen überhaupt noch nötig? So lautet die oft provokative Fragestellung.

Die Antwort der UNEF ist klar. Das «Programme commun» wird unterstützt, gerade weil es den Forderungen der Studenten entgegenkommt. Aber eine Linksregierung benötigt auch einen Gesprächspartner auf studentischer Seite, um diese Politik durchzuführen. Die Regierung muss von studentischer Seite, was die Universitätspolitik betrifft, kontrolliert werden, und umgekehrt hat eine gewerkschaftliche Organisation der Studenten auch die Aufgabe der ständigen Vermittlung der Politik der Linksunion mit den Studenten. Weit davon entfernt, keine Existenzgrundlage mehr zu haben, wird das Gewicht und die Verantwortung der UNEF unter einer Linksregierung noch wachsen. Die Wirklichkeit des «Programme commun» hängt im Universitätsbereich in starkem Mass von der Aktion der Studenten ab. Diese Aktion wird auch in Zukunft nicht delegiert werden können.

Thomas Heilmann

VSS Verband der Schweizerischen Studentenschaften Erlachstrasse 9 3012 Bern Tel. (031) 23 28 18

auf 920 Fr. (etwa 450 Sfr.) belaufen. Nach Untersuchungen der UNEF leben jedoch 30% der Studenten von weniger als 500 Fr., 34% verfügen über ein Budget zwischen 500 und 800 Fr., und 10% erreichen gerade das Lebensminimum zwischen 800 und 1000 Fr. Nur ein Viertel der Studenten kann also frei von materiellen Sorgen sich dem Studium widmen.

Offene Universitäten – Mittel fehlen

Auch Frankreich ist noch weit von der Verwirklichung der Chancengleichheit entfernt, wenn auch die französische Studentenquote weit über derjenigen der Schweiz liegt. Während ein Arbeiterkind eine dreiprozentige



EUROTRAIN über 30 europäische Städte erleben

Jugendliche Reisefans bis 26 entdecken Europa auf eigene Faust. Sie erhalten beim SSR Bahnбилlette bis 40% unter dem Normaltarif, nach über 30 europäischen Städten.

EUROTRAIN ist ein Spezialбилlette, das jungen Leuten mit schmalen Portemonnaie ermöglicht, auf billigste und unkomplizierteste Art ihre Nachbarn kennenzulernen.

EUROTRAIN-Bahnбилlette sind ausschliesslich bei den SSR-Verkaufsstellen oder über den praktischen Teleservice 01/47 30 00 erhältlich.



SSR, Postfach 3244, 8023 Zürich Büros in Basel, Bern, Biel, Burgdorf, Chur, Freiburg, Luzern, St. Gallen, Winterthur, Zürich usw.

EUROTRAIN-Hits

Table with 2 columns: City and Price. Amsterdam 88.- statt 125.-, Budapest 52.- statt 103.-, Berlin 87.- statt 152.-, Hamburg 88.- statt 134.-, Kopenhagen 124.- statt 193.-, London 98.- statt 139.-, Rom 43.- statt 68.-, Wien 48.- statt 83.-

Soweto – ein Symptom des Rassismus

Vor etwas mehr als einem Jahr, am 16. Juni 1976, haben die Unruhen in Soweto in Südafrika begonnen. Tausende von Schülern, Studenten und Arbeitern haben sich damals gegen die Einführung des Afrikaans als Unterrichtssprache in den Schulen gewehrt, jener Sprache, die den Schwarzen als Symbol der Unterdrückung von jeher verhasst ist. Die Reaktion der Regierung Vorster war blutig und grausam: Tote, Verletzte, Exilierte, Gefangene (z.B. auf Robben Island). Der Protest und Kampf der Schwarzen Südafrikas geht weiter. Die Aktionen der letzten Tage zeigen das.

Zum Jahrestag der blutigen Ereignisse vom Juni 1976 und als Ausdruck weltweiter Solidarität aller Gegner der rassistischen Apartheid-Politik hat der SSR (Soweto Students Representative Council), eine Exilorganisation der Soweto-Studenten, einen internationalen Aufruf erlassen, der in vielen Ländern, auch in der Schweiz, unterstützt wird.

Aufruf der Studentenfürher von Soweto

Am 16. Juni 1977 wird der erste Jahrestag der Soweto-Demonstrationen sein. Diese waren der erste einer ganzen Reihe von Protesten der unterdrückten Schwarzen Südafrikas, die bis heute andauern.

Tausende von Leuten haben seither in den

Mehr Öffentlichkeit! Zu einer wirklichen Demokratie gehörte die Information des Bürgers auch über Dinge, die ihm heute verschwiegen werden: zweifelhafte Geschäftsgebahren, Machenschaften der verschiedenen politischen Lobbies und manches mehr. «das Konzept» möchte da eine Informationslücke füllen. Helfen Sie uns dabei, indem Sie uns einschlägige Unterlagen zustellen. Strenge Diskretion ist garantiert.

Händen der brutalen südafrikanischen Repressionskräfte gelitten: Hunderte sind erschossen, Tausende verletzt und ins Exil geschickt worden, und unzählige darben in den Gefängnissen.

Wir Mitglieder des Exekutivkomitees des Repräsentativrates der Soweto-Studenten (Soweto Students Representative Council), die die ursprünglichen Demonstrationen organisiert, rufen die fortschrittlichen Völker der Welt auf, diesen Jahrestag mit Solidaritätsdemonstrationen für das unterdrückte südafrikanische Volk und gegen alle Formen der Unterstützung des brutalen Vorster-Apartheid-Regimes zu begehen.

- Talets Mashinini Präsident des SSR (zur Zeit der Demonstrationen)
Barnley Mokgatle Sekretär des SSR
Selby Semela Kassier des SSR
Khotsa Seatholo Präsident des SSR (nach Mashininis Zwangsexilierung)

Folgende Personen und Organisationen unterstützen diesen Aufruf öffentlich:

- A. Niederer, Professor an der Universität Zürich – Thomas Scoville, Filmschaffender, ZH – A. Muschg, Schriftsteller, ZH – Beat Bücher, SP-Präsident, Zürich 7 – V. Tomason, Präsident der Freiburger Sektion des VPÖD – J.-P. Barbey, Pfarrer von St. Peter, Freiburg – B. Cognon, Frauensekretär, Biel – C. und P. Herold, Cölligny – Gabrielle Nanchen, Nationalrätin, Wallis – P. Gasmann, Nationalrat, Präsident der SP Jura – A. Villard, Nationalrat – G. Arnold, Bürgermeister, Biel – B. Bourkhardt, Präsident des POP, Jura – Th. Huguenin, Sekretär des Kommunistischen Jugendverbandes Schweiz – Th. Krummreiter, Pastor, Biel – Jean Steiger, Abgeordneter, La Chaux-de-Fonds – J.-C. Vaulther, Abgeordneter, Orbe – A. C. Ménetrey, Abgeordneter, St. Gallen – Jean Matter, Schriftsteller, Lausanne – P. Thompson, Professor an der Universität Neuchâtel – G. Gendy, Professor an der Universität Neuchâtel – B. Müller, Professor, Abgeordneter, Neuchâtel – Prof. Dr. P. Centlivres, NE – Prof. Dr. W. Marschall, BE – Dr. R. Moser, BE – F. Maniata, Professor an der Universität Lausanne, Vevey – Cl. Mastretta, Professor, Vevey – Nils de Dardel, Anwalt, Genève – Jean Ziegler, SP-Nationalrat – O. Pavillon, Journalist, Lausanne – P. Hirsch, Stadtbibliothekar, La Chaux-de-Fonds – Anne Kummer, Erziehlerin, La Chaux-de-Fonds – A. Nicolet, Maler, La Chaux-de-Fonds – A. Froidevaux, Biel – A. Fasel, Nationalrat, Biel – G. Bachold, Nationalrat, Lausanne – P. Aguet, Sekretär der SP VD, Vevey – Heinrich Bloch, VPÖD-Sekretär, SP-Kanton Basel, ZH – Prof. Berndt Rothschäli, Pädagoge, Bern – Hansjörg Brunnschweiler, SP-Kantonrat, ZH – L.

Finfachbildung, SP-Kantonrat, ZH – Victor Schivoff, VPÖD-Sekretär, ZH

Anti-Apartheid-Bewegung der Schweiz (AABS) – Kampagne Anti-Outgroup – Magasin du Monde – Erklärung von Bern, Nyon – GBH – Sektion Lausanne, Parti Socialiste Romand, Biel – SP Zürich, Sektionen 12, 7 und 8 – Combat socialiste, Delémont – POP Jura – Revolutionäre Marxistische Liga – Solidaritätskomitee für Afrika, Asien und Lateinamerika (SKAAL), Schweiz – FFB, Biel – Soldatenkomitee, Basel – Demokratischer Manifest, Basel – Aktion Frauenzentrum, Basel – Jugooszialisten, Basel – Marxistischer Studentenverband, Basel – Sozialistische Hochschulgruppe, Basel – Organisation für die Sache der Frau (OFA), Basel – Afrika-Komitee, Biel – Lutte prolétariere, Biel – Revolutionäre Gruppe, Basel – Bäcker Frauenvereinnigung für Frieden und Fortschritt

Studenten müssen 100% mehr bezahlen

In der Zeit einer allgemeinen Krise werden laufend bisher von der öffentlichen Hand getragenen einzelnen Einzelnen Bürger abgewälzt, dies insbesondere im sozialen und Bildungsbereich. Betroffen davon sind ausschliesslich die ohnehin sozial Schwachen, zu denen im allgemeinen ebenfalls die Studenten zu zählen sind. Für all diese wird es immer schwieriger, ein Leben zu führen, das dem Entwicklungsstand unseres Landes entspricht.

Die 9. AHV-Revision reißt sich zwanglos ein in diese Entwicklung, bringt sie doch entgegen den Bestimmungen der 8. AHV-Revision erhebliche Minderleistungen und damit verbunden Mehrbelastung für den einzelnen.

Der VSS als nationaler Vertreter studentischer Interessen wendet sich in diesem Zusammenhang schärfstens gegen die vorgesehene Erhöhung des Mindestbeitrages für Nichterwerbstätige an die AHV/IV/EO von 100 auf 200 Franken jährlich. Die dadurch entstehenden Mehrbeträge von rund 3 Mio Franken würden, wie sich dies bereits heute abschätzen lässt, fast ausnahmslos von den Studenten bezahlt und die fixen Semestergebühren erheblich erhöhen.

Der VSS erklärt diesen Angriff auf das studentische Portemonnaie angesichts der andauernden Verschlechterung der sozialen Lage der Studenten, die wesentlich durch eine ungenügende Publizierungsförderung bedingt ist, als schlicht unzumutbar und fordert die massgebenden politischen Kräfte auf, diesem sozialen Abbau endlich Einhalt zu gebieten.

VSS

Strategie zur Behebung der Misere in der dritten Welt:

Aus dem Weltmarkt ausscheren

Während die Regierungen der dritten Welt eine neue internationale Wirtschaftsordnung fordern, verteidigen die Industriegesellschaften des Westens das überkommene Weltwirtschaftssystem als den Garanten anhaltenden Wachstums und sozialen Fortschritts für alle Beteiligten - auch für die Entwicklungsländer. Trotz dem diplomatischen Druck der dritten Welt und spektakulären internationalen Konferenzen z. B. der vor kurzem in lesem Katzenjammer beendeten Nord-Süd-Konferenz - wurden bisher kaum mehr als unverbindliche strukturpolitische Konzessionen angeboten. Derart-

tige Zugeständnisse vermögen jedoch die zentralen Strukturprobleme der dritten Welt nicht zu beheben. Die Befriedigung der Grundbedürfnisse der in sozialem Elend und teilweise in absoluter Armut dahinvegetierenden Menschen in der dritten Welt ist im bestehenden Weltwirtschaftssystem nicht möglich. Dieter Senghaas plädiert daher für die Abkoppelung der peripheren Gesellschaften vom kapitalistischen Weltwirtschaftssystem. Dissoziation statt - wie in der entwicklungspolitischen Diskussion immer wieder gefordert - Integration. Red.

Nach einer zwanzig Jahre anhaltenden entwicklungstheoretischen Diskussion ist immer wieder die Frage zu stellen, wodurch eine Entwicklung, die der Masse der Menschen zugute kommt und ihren Lebensstandard allmählich anhebt, bewirkt werden kann. Ich möchte diese Frage im folgenden in Urnissen beantworten und einige entwicklungspolitische Schlussfolgerungen ziehen.

Eine erfolgreiche Entwicklung setzt voraus, dass eine Gesellschaft und ihre Ökonomie im richtigen Tempo und in einer für sie günstigen Struktur Kapital akkumulieren können. Dafür scheinen mir fünf Faktoren entscheidend zu sein:
• eine nachdrückliche Produktivitätssteigerung der Landwirtschaft;
• die industrielle Produktion von Massenkonsumgütern im Unterschied zu Luxusgütern;



Früchtemarkt in einem Entwicklungsland

• die industrielle Produktion von Produktionsmitteln für die Herstellung von weiteren Produktionsmitteln (Werkzeugmaschinen, Computer, Telekommunikation, Steuer- und Regeltechnik); Produktionsmittel zur Herstellung von Zwischenprodukten (z. B. schwerer Maschinenbau, Turbinen); Produktionsmittel zur Herstellung von Konsumgütern (z. B. Motoren, leichter Maschinenbau);
• die Produktion von Zwischenprodukten, z. B. für Produktionsgüter (Eisen/Stahlindustrie, Energie, NE-Metalle) und für Konsumgüter (Eisen/Stahlindustrie, Chemie, Energie);
• die Herstellung von Infrastruktur und Gütern für den kollektiven Bedarf (Verkehrsmittel und Kommunikationssysteme, Ausbildungsstätten usw.).

Grundlagen einer lebensfähigen Wirtschaft

Eine lebensfähige Wirtschaft zeichnet sich dadurch aus, dass diese Sektoren und Untersektoren getrennt voneinander existieren und miteinander verknüpft sind. Sie ist zu bestimmten Grundleistungen befähigt:

- Die Massen der Menschen werden produktiv in die Ökonomie eingegliedert.
• Es existiert eine innere Beziehung von Produktionsapparat, Beschäftigungsniveau, Einkommensverteilung und Konsumformen.
• Aus dieser Beziehung resultiert ein organischer Entwicklungsprozess, in dem auf dem jeweils erreichten Entwicklungsniveau die Vielfalt der Konsumformen der organisch gewachsenen Vielfalt von Produktionsapparat und Technologie entspricht.
• Entwicklung ist ohne Disparitäten nicht denkbar, doch ist die entscheidende Testfrage nach dem Grad einer Entwicklung, ob als Folge von Produktivkraftentfaltung eine Gesellschaft und Ökonomie zerklüftet oder homogener wird.

Historisch und empirisch betrachtet war jeder erfolgreiche Entwicklungsprozess durch Betonung bestimmter Einzelsektoren gekennzeichnet. Bemerkenswert jedoch ist, dass sowohl die Ent-

wicklung des «metropolitanen Kapitalismus» in den heutigen OECD-Staaten als auch die Entwicklung der «sozialistischen Ökonomie» in der Sowjetunion und den osteuropäischen Gesellschaften, obgleich in einem Fall unter kapitalistischen und im anderen Fall unter sozialistischen Vorzeichen, zum gleichen Erscheinungsbild von Produktivkraftentfaltung geführt hat. Und es ist auch bemerkenswert, dass diejenigen Entwicklungsländer, die heute - im Unterschied zu früher - nicht mehr zu den akuten Problemländern der dritten Welt gehören (wie China, Nordkorea, Albanien, Kuba), eine systematische Entwicklung ihrer produktiven Kräfte in allen Untersektoren einer lebensfähigen Ökonomie anstreben: durch die Förderung der landwirtschaftlichen Produktivität, durch den Aufbau von industriellen Sektoren für die Herstellung von Zwischenprodukten und Massenkonsumgütern sowie durch den systematischen Ausbau ihrer Infrastruktur.

Die Ökonomie der dritten Welt

Demgegenüber zeichnen sich die Gesellschaften und Ökonomien der dritten Welt durch das genaue Gegenteil dessen aus, was wir hier als lebensfähige Ökonomie und ihre Grundleistungen dargestellt haben:
• Eine nachdrückliche Produktionssteigerung in der Landwirtschaft erfolgt preisgünstig nur bei der exportorientierten Produktion, jedoch nicht in der Landwirtschaft insgesamt.
• Die industrielle Produktion von Massenkonsumgütern stagniert, während der Import von industriell produzierten Luxuskonsumgütern wächst und in manchen Fällen zur lokalen Produktion von Luxuskonsumgütern übergegangen wird. Diese Diskrepanz spiegelt die krassen und sich verstärkenden Einkommensunterschiede in den peripherkapitalistischen Gesellschaften zahlreicher Länder der dritten Welt wieder.
• Der Aufbau eines Sektors zur eigenen Produktion von Produktionsmitteln und Technologie fehlt in der Regel völlig.
• Die Produktion von Zwischenprodukten ist wenig entwickelt und begründet, zusammen mit der mangelnden Produktion von Produktionsgütern und Technologie, die tiefgreifende Abhängigkeit peripherkapitalistischer Ökonomien von den Industriegesellschaften.
• Die Güter kollektiven Konsums (Erziehung, Gesundheitswesen u. a.) und die Entwicklung der Infrastruktur haben in der Regel nicht zur Homogenisierung der Gesellschaften der dritten Welt beigetragen, sondern zur Akzentuierung der Unterschiede zwischen Wachstumsinseln und Hinterland.
• Peripherie-Ökonomien fehlen die für eine lebensfähige Gesellschaft erforderlichen vitalen Produktionssektoren, einschliesslich ihrer wechselseitigen Verknüpfung. Sie sind deshalb strukturell verknüpft. Ihre Grundproblematik besteht nicht darin, dass sich in ihnen keine Produktivkräfte entfalten; ganz im Gegenteil handelt es sich in der Regel um ausgesprochene Wachstumspol-Ökonomien. Ihr Problem ist jedoch, dass dieses Wachstum sich auf wenige, meist exportorientierte Sektoren konzentriert und auch die binnenmarktorientierten Wachstumsprozesse sektoral und sozialologisch begrenzt sind. So kommt es zur strukturellen Brüchigkeit solcher Ökonomien. Ihre Struktur mangelnd sind bedingt.

• durch fehlende Verflechtung von Landwirtschaft und Industrie;
• durch den Mangel an vollständigen industriellen Wirtschaftskreisläufen: Ein

Teil des Reproduktionsprozesses, insbesondere die Produktion von Technologie, Produktionsmitteln zu einem erheblichen Mass von Zwischenprodukten und von Konsumgütern findet in den Industrieländern, den «Metropolen», statt; die ökonomischen Effekte solcher Reproduktion gehen den Peripherie-Ökonomien verloren:
• durch die Tendenz der bisherigen Industrialisierungsetappen, die Nachfrage einkommensstarker Schichten zu befriedigen, während die Produktion von Massenkonsumgütern aufgrund der nur unterschiedlich entwickelten oder gar sinkenden Kaufkraft der Masse der Menschen relativ stagniert;
• durch die daraus folgende, keineswegs natürlich gegebene Binnenmarktfrage, die ein konsequentes Ergebnis unvollständiger Wirtschaftskreisläufe ist.

Ungelebte internationale Arbeitsteilung

Unterentwicklung hat nichts mit herkömmlicher Rückständigkeit zu tun, sondern mit fehlgeleiteter Produktivkraftentfaltung. Nicht in der Unfähigkeit zur Kapitalakkumulation liegt das Problem der Ökonomien der dritten Welt, sondern in einer falsch strukturierten Akkumulation zum Schaden einer Mehrheit der Menschen. Diese ist nicht zu überwinden ohne einen grundlegenden Bruch mit den überkommenen Strukturen.

Diese überkommenen Strukturen sind das Ergebnis der Eingliederung der Gesellschaften Lateinamerikas, Afrikas und Asiens in eine ungleiche internationale Arbeitsteilung während der Phase des Kolonialismus und Imperialismus. Es ist bemerkenswert, dass bis zum heutigen Tage die entwicklungspolitische Diskussion keinen Begriff von ungleicher Arbeitsteilung besitzt.

In der Regel folgt die der klassischen, freiheitlichen ausenwirtschaftstheoretischen Dogmatik. Gemäss der Doktrin der «komparativen Vorteile» gewinnen alle am internationalen Handel Beteiligten, insofern sie sich jeweils auf die Produktion jener Güter spezialisieren, bei deren Herstellung sie die lokal verfügbaren Faktoren (Land, natürliche Ressourcen, Kapital, Arbeitskraft, technologisches Know-how u. a.) am besten einsetzen vermögen.

Niemals wurde in diesem Zusammenhang die Frage theoretisch konsequent gestellt, welche konkreten Auswirkungen auf Produktionsstruktur, Einkommensverteilung, Konsumformen, Arbeitsmarkt und Infrastruktur eine Spezialisierung, die den Vorstellungen dieser Doktrin folgt, bei jedem einzelnen der Beteiligten hat.

Wäre diese Frage gestellt worden, so hätte sich sehr leicht der fundamentale strukturelle Unterschied zwischen symmetrischen und asymmetrischen Handelsstrukturen herausgestellt. Die Hemmnisse einer Peripherie-Ökonomie sind nämlich das folgerichtige Ergebnis der Eingliederung der Ökonomien Lateinamerikas, Afrikas und Asiens in eine asymmetrisch strukturierte internationale Ökonomie, die vom metropolitanen Kapitalismus beherrscht ist. Dieser zeichnet sich durch relativ produktive, lebensfähige Ökonomien aus; seine Lebensfähigkeit wurde nachdrücklich verstärkt durch die Ausstattung der dritten Welt, durch die Möglichkeit, aus Kolonialen billige landwirtschaftliche und mineralische Produkte, billige Energie und billige Arbeitskraft dort für die lokale Produktion von Rohstoffen - und später von Fertigwaren - zu nutzen.

In diesem Prozess wurde den südlichen Kontinenten nicht nur das bei ihnen schon akkumulierte Kapital entzogen; viel tiefergreifender ist die Umfunktionierung leidlich lebensfähiger Subsistenzökonomien, in denen jeder sich «wenn auch nur jämmerlich» von den Erträgen seiner eigenen Land versorgen konnte, in defekte und verkrüppelte Peripherie-Ökonomien, deren spezifische Ergebnisse sich überall zeigen:

- die Unfähigkeit, die Masse der Menschen produktiv in den ökonomischen Prozess einzugliedern;
• die wachsende Unfähigkeit, die Masse der Menschen mit im eigenen Land produzierten landwirtschaftlichen Gütern zu ernähren;
• die Unfähigkeit, eigene Produktionsmittel, Handwerkzeug, Technologie u. dgl. zu produzieren, herzustellen und bestmögliche Technologie an lokale Bedürfnisse anzupassen;
• die Unfähigkeit, demographische Entwicklungen, die ein Ergebnis sozioökonomischer Zerrüttung sind, einermässen zu steuern.

Welches sind die entwicklungstheoretischen und praktisch-entwicklungspolitischen Schlussfolgerungen aus dieser Analyse? Drei Forderungen lassen sich formulieren:

Dissoziation statt Integration

Die dritte Welt hat langfristig nur eine Chance, lebensfähig Ökonomie und Gesellschaften aufzubauen, wenn sie sich von der gegebenen internationalen Ökonomie, die durch die westlich-kapitalistischen Metropolen dominiert ist, abkoppelt. Dies ist der «Imperativ der Dissoziation» als das genaue Gegenteil der überkommenen Entwicklungspolitiken, das nur dann für Entwicklungsförderung in einer vertieften Integration und Assoziation sah. In einer asymmetrisch strukturierten internationalen Ökonomie, in der metropolitanen Ökonomien und Peripherie-Ökonomien miteinander im Austausch stehen, besteht für die Peripherie-Ökonomie keine Chance (schon gar nicht durch einen grösseren Ressourcen-Transfer aus den Metropolen in die Peripherien), Eigenständigkeit und Lebensfähigkeit zu erreichen. Es muss an dieser Stelle deutlich gesagt werden: Die Mehrzahl der Forderungen, die in den Entwicklungsökonomie der dritten Welt niedergelegt sind, würden an den Grundfehlern der Peripherie-Ökonomien nichts ändern, wenn nicht gleichzeitig eine Politik systematischer Abkoppelung vom heute überkommenen Weltmarkt als Teil der eigenständigen Entwicklungsstrategie verfolgt würde. Würde jedoch eine solche Strategie verfolgt, dann würde eine Reihe von Forderungen (wie der verstärkte Transfer metropolitaner Technologie in die Peripherien u. dgl.) an Bedeutung verlieren.

Über eine neue internationale Wirtschaftssysteme von seiten der dritten Welt niedergelegt sind, würden an den Grundfehlern der Peripherie-Ökonomien nichts ändern, wenn nicht gleichzeitig eine Politik systematischer Abkoppelung vom heute überkommenen Weltmarkt als Teil der eigenständigen Entwicklungsstrategie verfolgt würde. Würde jedoch eine solche Strategie verfolgt, dann würde eine Reihe von Forderungen (wie der verstärkte Transfer metropolitaner Technologie in die Peripherien u. dgl.) an Bedeutung verlieren. Dies heisst nur das Auswählen der dem Aufbau einer lebensfähigen Binnenstruktur in den jetzigen Peripherie-Ökonomien zugute kommt. Für die Mehrzahl der Länder der dritten Welt heisst Dissoziation insbesondere: Bruch mit der überkommenen exportorientierten Ökonomie, insbesondere Bruch mit den exportorientierten Industrien, die sich bald ohnehin als neue Sackgasse im überkommenen Entwicklungsprozess herausstellen wird; aber auch Bruch mit einer falsch angelegten Industrialisierung, die nur Importe ersetzt, aber keine Arbeit schafft, wo immer sie verlagert wird, vor allem die Nachfrage einkommensstarker Schichten befriedigt hat und nicht auf die potentielle Nachfrage der Massen der verarmten Menschen orientiert war.

Die zweite Forderung bezieht sich auf den Aufbau zusammenhängender stabiler Akkumulationsstrukturen in den Ländern der dritten Welt selbst. Eine auf die Bedürfnisse des eigenen Landes konzentrierte Entwicklung ist ohne die organische Verbindung folgender Aktivitäten nicht denkbar:

- die Erfindung neuer, angepasster Technologie und Weiterentwicklung;
• lokale Nutzung vorhandener Ressourcen;
• Aufbau eines eigenen industriellen Sektors für die Produktion von Produktionsmitteln und Zwischenprodukten;
• Erfindung neuer, angepasster Technologie und Weiterentwicklung;
• breitangelegte Produktivitätssteigerung der Landwirtschaft;
• industrielle Produktion von Massenkonsumgütern, die zur Befriedigung der Grundbedürfnisse der Masse der Menschen geeignet sind.

gleichgelagerten Ökonomien (wie heute z. B. Frankreich und der Bundesrepublik Deutschland), so bringt er gewöhnlich Gewinn für alle Beteiligten. Vollzieht sich ein solcher Austausch jedoch in einer asymmetrischen Struktur, wie zwischen einer metropolitanen Ökonomie und einer Peripherie-Ökonomie, so führt eine derartige komparative Kostenrechnung dazu, die weniger produktiven Ökonomien in der Weltwirtschaft an den Rand zu drängen und zu Peripherie-Ökonomien zu machen.

Die weniger produktive Ökonomie kauft kostengünstiger auf dem Weltmarkt, aber handelt sich dafür grundlegende Struktur mangel ein. Sie erspart sich die für den Aufbau einer lebensfähigen Ökonomie unerlässlichen Lernkosten, um am Ende eigene Fähigkeiten zur Erfindung, Weiterentwicklung, Anpassung und Produktion von eigenem oder fremdem Handwerkzeug, von Maschinenpark und Technologie dazustehen. Die Folge davon ist, dass fremde Maschinen und Technologie sowie die komplexeren Konsumgüter einer Ökonomie mit einer höheren durchschnittlichen Produktivität unerschwinglich sind. Eine weniger und überdies fehlerhaft entwickelte Ökonomie transferiert werden und dort notwendigerweise zu ökonomischen Fremdkörpern mit verzerrten soziologischen Folgewirkungen werden.

Ein solcher Strukturdefekt ist durch die Erbilligung des Transfers von Industrieländer-Technologie in die Länder der dritten Welt, wie sie in den Dokumenten über eine neue internationale Wirtschaftsordnung gefordert wird, nicht zu beheben. Sollen die Länder der dritten Welt sich wirklich entwickeln, so ist dies nur mit der Erbilligung strukturierter internationaler Arbeitsteilung und der Doktrin komparativer Kosten unerlässlich, und die für den Aufbau einer zusammenhängenden Wirtschaftsstruktur erforderlichen Kosten müssen - wie dies bei jeder lebensfähigen Ökonomie der Fall ist - in vollem Umfang den Kostenträgern eingeschätzt werden. Diese sind kurzfristig sicherlich enorm belastend; doch sie nicht tragen zu wollen, hiesse nur, die jetzigen Strukturdefekte und ihre sozialen Folgewirkungen (Arbeitslosigkeit, massenhaftes Verelendung, unheimliche Arbeitslosigkeit, Verschuldung, Veranschaulichung, krasse Einkommensungleichheit) in die Zukunft fortzuschreiben.

Regionale Zusammenschlüsse statt Orientierung auf die Zentren

Ein weiterer entwicklungspolitischer Imperativ richtet sich auf die Herausbildung neuer Formen von Arbeitsteilung zwischen den Ökonomien der dritten Welt selbst. In der internationalen Diskussion wird dieser Imperativ heute als «collective self-reliance» umschrieben. Aber eine internationale Arbeitsteilung in subregionalen und kontinentalen Bereichen - und auch zwischen den drei südlichen Kontinenten - wird wenig erfolgreich sein ohne eine langfristig zu inszenierende Abkoppelung der Peripherien von den vorherrschenden Industriegesellschaften. Die Ökonomieagenturen der dritten Welt haben, alle zusammengenommen, alle Ressourcen, die sie für ihre eigene Entwicklung benötigen. Abgekoppelt vom Weltmarkt hätten sie die Chance, ihre Ökonomien aufeinander bezogen, komplementär zu entwickeln. Dabei käme es nicht auf eine Arbeitsteilung im rein ökonomischen Sinn an, sondern auch auf den Aufbau subregionaler, regionaler und kontinentaler Infrastrukturen hinsichtlich gemeinsamer Verkehrs- und Kommunikationssysteme, Transportmedien, Versicherungsgesellschaften, Nachrichtenagenturen usw. Dies würde die krasse Hierarchie der heutigen internationalen Gesellschaft auflösen und damit wirksame Gegengewichte gegen die vorherrschenden Industrieländer bilden.

Auf einer solchen Grundlage könnte auch der Begriff global gegenseitiger Abhängigkeit («interdependence») einen neuen, nicht-ideologischen Inhalt zu gewinnen, und die internationale Zusammenarbeit zwischen den heutigen Metropolen und den heutigen Peripherien liesse sich zu einem späteren Zeitpunkt als sinnvolle Tätigkeit zum Nutzen aller Beteiligten vorstellen.

Dieter Senghaas

psychologie heute

Die grosse Fachzeitschrift auch für den interessierten Laien. Wissenschaftler und Praktiker schreiben in verständlicher Form über ihre Fachgebiete.



psychologie heute = psychologische Forschung - praxisnah, verständlich! monatlich im Magazinformat, Umfang 80 Seiten, Einzelheft Fr. 5.80 Jahresab. Fr. 49.-

Bitte schicken Sie diesen Coupon ausgefüllt an Verlag Beltz Basel, Postfach 227, 4002 Basel.

Vorzugsangebot zum Kennenlernen Ich bestelle zum Sonderpreis von Fr. 14.- inkl. Versandkosten ein Probeabo (4 Hefte ab lfd. Nr.) der Zeitschrift psychologie heute.

Falls ich nicht nach Auslieferung des 3. Heftes abbestelle, erhalte ich die Hefte als normales Abo weiter.

Name und Anschrift: DK

das Konzept Tip



Der alternative Tonverlag voxpop hat seine erste Langspiellplatte produziert. In Zusammenarbeit mit dem Theater «Kunstmarkt» wurde im monatlich auf dem Spielplan der Bühne stehenden «Lieder gegen den Trittschmerz» ein Repertoire von fünf Oppositionsliedern zusammengestellt. Diese vielfach unbekannteren Oppositionslieder stammen aus fünf Jahrhunderten. Jede Komposition steht für eine Epoche der Interaktion und Knechtstueckli'sche Werke stehen durch Feudalherren, den Adel oder durch die Unternehmer. Bestellungen für diese Produktionen können gerichtet werden an: Verlag voxpop, Känzlestr. 63, 8004 Zürich. Preis: Fr. 20.-

TAGES ANZEIGER MAGAZIN

65. Jahrgang Nr. 18 Auflage 250 000 Preis mit Magazin Fr. 1.-

Zürich, Samstag, 22. Januar 1977**

Tages Anzeiger MAGAZIN

Überparteiliche schweizerische Tageszeitung

Geschäftsbüro: Zürich 4, Seidengasse 31
 Druck: Postdruck, 8021 Zürich
 F. 21722, Abonnements: Zürich 67/29 36 36, Telefon 33 198
 F. 21723, Anzeigen: Zürich 67/29 46 46, Telefon 33 198
 F. 21724, Redaktion: Zürich 67/29 56 56, Telefon 33 198

Auslandsendung: 24. 00, inkl. L.P. 80. 00
 Abonnementpreis für Belgien 18
 Grandprix 11, Frankreich 140, 100, 100, 100, 100, 100
 Spanien 140, F.R.G. 124, 100, 100, 100, 100, 100
 (Anzahl 1 ab 1.10.76) Restliche Länder 140

Arrestbeschwerden nicht mehr beim Oberanwalter

Liberaler Lösung setzt sich gegen den Widerstand der katholischen Kirche im Parlament durch

Die Konvention

DER ZWEITE BILDUNGSWEG.

Er verschafft Ihnen Zugang zur russischen und chinesischen Aussenpolitik.

Er macht Ihnen klar, warum der neue amerikanische Präsident nicht mehr so oft lächelt wie während des Wahlkampfes.

Er öffnet Ihnen den Weg in die Welt der schwarzen und der roten Zahlen. Denn er berichtet Ihnen täglich über das wirtschaftliche Geschehen.

Er sagt Ihnen jeden Tag, wer gewonnen und wer verloren hat. Denn er widmet sich intensiv dem Sport.

Er verrät Ihnen schon am frühen Morgen, was Sie am Abend in Zürich alles verpassen könnten.

Er verhilft Ihnen zweimal pro Woche zu einem Job, der Ihnen das Geld bringt für Ihr Studium. Mit einem reichen Stellenangebot.

Er bringt Ihnen jeden Samstag ausführliche und gut fundierte Berichte aus Politik, Kultur und Wissenschaft. Mit seinem Magazin, in dem auch Leute wie Peter Bichsel, Hugo Loetscher und Jürg Federspiel zu Wort kommen.

Er kostet Sie pro Jahr, abzüglich 30 Prozent Studentenrabatt, Fr. 72.80. Einschreiben können Sie sich mit dem untenstehenden Coupon (kein Numerus clausus).

COUPON

Den Bildungsweg, der so vielseitiges Wissen mit 30 Prozent Rabatt vermittelt, möchte ich kennenlernen.

- Schicken Sie mir bitte den Tages-Anzeiger 2 Wochen lang gratis.
- Ich möchte den Tages-Anzeiger abonnieren. (Die ersten 2 Wochen sind gratis.)

Ich wünsche folgende Zahlungsart:

- monatlich Fr. 6.45
- vierteljährlich Fr. 18.55
- halbjährlich Fr. 36.75
- jährlich Fr. 72.80

Name: _____

Strasse: _____

PLZ, Ort: _____

Fakultät: _____

Semester: _____

Bitte ausschneiden und senden an:
 Tages-Anzeiger, Vertrieb
 Postfach, 8021 Zürich

WEIL MAN HEUTE SO VIEL WISSEN MUSS.